



Provisorisches Beschluss-Protokoll

der 46. und 47. Sitzung, Amtsjahr 2019-2020

Mittwoch, den 22. Januar 2020, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Vorsitz: *Dr. Heiner Vischer, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin

Abwesende:

22. Januar 2020, 09:00 Uhr *Barbara Heer (SP), David Jenny (FDP), Stephan Schiesser (LDP),
46. Sitzung Michela Seggiani (SP), Lea Steinle (GB).*

22. Januar 2020, 15:00 Uhr *Barbara Heer (SP), David Jenny (FDP), Stephan Schiesser (LDP),
47. Sitzung Lea Steinle (GB).*

Verhandlungsgegenstände:

13.	Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Fünften Bericht über die Leistungs-, Kosten- und Prämienentwicklung sowie die Massnahmen zur Dämpfung der Höhe der Gesundheitskosten gemäss § 67 Abs. 2 des Gesundheitsgesetzes	2
14.	Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zur Motion René Brigger und Konsorten betreffend Anpassung der Aufgaben der Stadtbildkommission und Motion Nr. 4 betreffend Stadtbildkommission	2
15.	Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag Ausgabenbewilligung Neubauten für die Erweiterung der Primarschule Wasgenring	3
16.	Ausgabenbericht betreffend Instandsetzung und Verbesserung der Infrastruktur an der Uferpromenade Klybeckquai und Bericht zum Anzug Sebastian Kölliker und Konsorten betreffend eine durchgehende Fussgängerverbindung am Kleinbasler Rheinbord	4
17.	Ausgabenbericht Gesamtkoordination Fuss- und Veloverkehr	5
18.	Ratschlag neues Verbindungsgleis Centralbahnplatz Nord in Richtung Aeschenplatz	6
19.	Ausgabenbericht zur Verlängerung des Finanzhilfevertrages an den Erlen-Verein für das Jahr 2020	7
20.	Bericht der Regiokommission zum Ausgabenbericht betreffend Ausgabenbewilligung für die IBA Basel – Beitrag im Rahmen der IBA Schlusspräsentation im Jahr 2020	7
12.	Ratschlag Verkauf temporärer Schulbau Hebel an die Gemeinde Riehen	9
22.	Budgetpostulate zum Budget 2020 1 bis 3	9
23.	Motionen 1 – 3 und 5 - 6	11
	Anhang A: Abstimmungsergebnisse	18
	Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisungen)	22
	Anhang C: Neue Vorstösse	26

Beginn der 46. Sitzung

Mittwoch, 22. Januar 2020, 09:00 Uhr

Mitteilungen

Da wir Traktandum 13 – 20 auf heute 09:00 terminiert haben, beginnen wir zuerst mit diesen Traktanden und kommen danach zu Traktandum 12, bevor wir dann mit den Persönlichen Vorstössen weiterfahren. Mit den Verabschiedungen und meiner Schlussrede werde ich ungefähr um 17:00 Uhr beginnen.

Frühjahrstagung der Interkantonalen Legislativkonferenz – Save the date

Am Freitag, 8. Mai 2020 findet die nächste Informationsveranstaltung der Interkantonalen Legislativkonferenz ILK statt. Ab ca. 9.30 Uhr wird an der FHNW in Olten zum Thema «Interkantonale Kooperation und Konkurrenz in der Hochschulbildung» mit spannenden Referenten diskutiert und im Anschluss in sogenannten Breakout-Sessions das Gehörte mit Experten vertieft. Bitte merken Sie sich das Datum bereits heute vor. Eine Einladung folgt in den kommenden Wochen. Die Veranstaltung ist sicherlich nicht nur für die bildungspolitisch Interessierten Parlamentarierinnen und Parlamentarier spannend. Weitere Informationen können Sie gerne beim ILK-Vorstandsmitglied und Ratskollege Joël Thüring erhalten.

13. Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Fünften Bericht über die Leistungs-, Kosten- und Prämienentwicklung sowie die Massnahmen zur Dämpfung der Höhe der Gesundheitskosten gemäss § 67 Abs. 2 des Gesundheitsgesetzes

[22.01.20 09:02:24, GSK, GD, 19.1435.02, BER]

Die Gesundheits- und Sozialkommission (GSK) beantragt mit ihrem Bericht 19.1435.02, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Voten: Sarah Wyss, Präsidentin GSK; RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD; Kaspar Sutter (SP); Felix W. Eymann (LDP); RR Lukas Engelberger, Vorsteher GD; Sarah Wyss, Präsidentin GSK

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf das Geschäft ein.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einzigiger Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 1287, 22.01.20 09:49:23]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Der Grosse Rat nimmt den fünften Bericht über die Leistungs-, Kosten und Prämienentwicklung sowie die Massnahmen zur Dämpfung der Höhe der Gesundheitskosten gemäss § 67 Abs. 2 des Gesundheitsgesetzes zur Kenntnis.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

14. Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zur Motion René Brigger und Konsorten betreffend Anpassung der Aufgaben der Stadtbildkommission und Motion Nr. 4 betreffend Stadtbildkommission

[22.01.20 09:49:34, BRK, BVD, 14.5275.05, BER]

Die Bau- und Raumplanungskommission (BRK) beantragt mit ihrem Bericht 14.5275.05, auf das Geschäft einzutreten und die Motion René Brigger und Konsorten abzuschreiben und gleichzeitig eine neue Motion zu überweisen.

Der Regierungsrat ist bereit die Motion der Bau- und Raumplanungskommission entgegen zu nehmen.

Voten: *Jeremy Stephenson, Präsident BRK; RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher BVD*

Tonja Zürcher (GB): beantragt Nichtüberweisung der Motion.

Voten: *René Brigger (SP); Roland Lindner (SVP); Beat Leuthardt (GB)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Abstimmung

über die Motion René Brigger

JA heisst abschreiben, NEIN heisst stehen lassen.

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 1288, 22.01.20 10:19:22]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion 14.5275 abzuschreiben.

Abstimmung

über die neue Motion der BRK

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

76 Ja, 12 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 1289, 22.01.20 10:20:11]

Der Grosse Rat beschliesst

auf die Motion 19.5532 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu **überweisen**.

15. Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag Ausgabenbewilligung Neubauten für die Erweiterung der Primarschule Wasgenring

[22.01.20 10:20:29, BRK, BVD, 19.0809.02, BER]

Die Bau- und Raumplanungskommission (BRK) beantragt mit ihrem Bericht 19.0809.02, auf das Geschäft einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 21'277'000 zu bewilligen.

Voten: *Jeremy Stephenson, Präsident BRK*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

1. Absatz

Alinea 1

Alinea 2

Alinea 3

Alinea 4

Alinea 5

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

85 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 1290, 22.01.20 10:27:19]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Erweiterung der Primarschule Wasgenring werden Ausgaben in der Höhe von total Fr. 21'277'000 bewilligt. Diese Ausgaben setzen sich wie folgt zusammen:

- Fr. 19'477'000 (Trakt A: 14'677'000, Trakt B: 4'800'000) für die Erstellung von Neubauten zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 4 «Hochbauten im Verwaltungsvermögen, Teil Bildung» (Preisbasis Schweizerischer Baupreisindex Nordwestschweiz, Index 121.2 (1998=100), Stand Okt. 2017)
 - Fr. 1'500'000 (Trakt A: 1'267'000, Trakt B: 233'000) für die Ausstattung der Neubauten zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich 6 «Bildung»
 - Fr. 70'000 für den Rückbau des Jugendtreffs als einmalige Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnung des Finanzdepartements, Immobilien Basel-Stadt
 - Fr. 140'000 für den Betrieb der Neubauten als wiederkehrende Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnung des Erziehungsdepartements ab 2025
 - Fr. 90'000 für die Instandhaltung der Neubauten als wiederkehrende Ausgabe zu Lasten der Erfolgsrechnung des Finanzdepartements, Immobilien Basel-Stadt, Unterhaltspauschale Verwaltungsvermögen ab 2025
- Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

16. Ausgabenbericht betreffend Instandsetzung und Verbesserung der Infrastruktur an der Uferpromenade Klybeckquai und Bericht zum Anzug Sebastian Kölliker und Konsorten betreffend eine durchgehende Fussgänger Verbindung am Kleinbasler Rheinbord

[22.01.20 10:27:36, BRK, BVD, 19.1456.01 17.5312.02, ABE]

Der Regierungsrat und die Bau- und Raumplanungskommission (BRK) beantragen, auf das Geschäft 19.1456 einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 1'192'000 zu bewilligen.

Voten: *Jeremy Stephenson, Präsident BRK*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

1. Ausgaben insgesamt

Alinea 1

Alinea 2

Alinea 3

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

86 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 1291, 22.01.20 10:32:52]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Zwischennutzung und die Freiraumentwicklung am Klybeckquai werden Ausgaben von gesamthaft Fr. 1'192'000 bewilligt. Diese teilen sich wie folgt auf:

- Fr. 985'000 neue Ausgaben für die Beschaffung und Installation von zwei öffentlichen saisonalen WC-Container am Klybeckquai und die Erstellung eines zentralen

Medienpunkts zur Erschliessung im Bereich Hafenkran zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich 1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur», Tiefbauamt

- Fr. 16'000 als jährlich wiederkehrende Folgekosten für den Betrieb und Unterhalt von zwei öffentlichen saisonalen WC-Container am Klybeckquai für die Dauer der Zwischennutzungsphase zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Tiefbauamt

- Fr. 191'000 gebundene Ausgaben für die Instandsetzung und kleinteilige Anpassungen der bestehenden Uferpromenade Klybeckquai im Abschnitt Wiesemündung – Uferstrasse Nr. 1 zu Lasten der Investitionsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Investitionsbereich 1 «Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur, Rahmenausgabenbewilligung Erhaltung Infrastruktur Stadtgrün, Stadtgärtnerei.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Der Regierungsrat und die Bau- und Raumplanungskommission beantragen den Anzug Sebastian Kölliker und Konsorten betreffend „eine durchgehende Fussgänger Verbindung am Kleinbasler Rheinbord“ stehen zu lassen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, Anzug Sebastian Kölliker 19.5532.01 **stehen zu lassen**.

17. Ausgabenbericht Gesamtkoordination Fuss- und Veloverkehr

[22.01.20 10:33:46, UVEK, BVD, 19.0976.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission (UVEK) beantragen, auf das Geschäft 19.0976 einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 500'000 zu bewilligen.

Voten: *Raphael Fuhrer, Präsident UVEK; Beat K. Schaller (SVP); Barbara Wegmann (GB); André Auderset (LDP); Lisa Mathys (SP); Christian Griss (CVP/EVP); David Wüest-Rudin (fraktionslos); Beat Leuthardt (GB); RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher BVD*

Zwischenfrage

Voten: *Pascal Messerli (SVP); RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher BVD*

Voten: *Raphael Fuhrer, Präsident*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziges Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 45 Nein. [Abstimmung # 1292, 22.01.20 11:12:18]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Gesamtkoordination Fuss- und Veloverkehr werden Fr. 500'000 zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Planungspauschale, bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

18. Ratschlag neues Verbindungsgleis Centralbahnplatz Nord in Richtung Aeschenplatz

[22.01.20 11:12:29, BVD, 19.1769.01, RAT]

Der Regierungsrat beantragt, auf das Geschäft 19.1769 einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 2'200'000 zu bewilligen.

Die UVEK hat beschlossen, auf eine Vorberatung zu verzichten.

Voten: *RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher BVD; Jean-Luc Perret (SP); Daniela Stumpf (SVP); Andrea Elisabeth Knellwolf (CVP/EVP); Beat Leuthardt (GB); RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher BVD*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

1. Gesamtbetrag

Alinea 1

Alinea 2

Alinea 3

Publikations- und Referendumsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

92 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 1293, 22.01.20 11:24:27]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Es wird ein Gesamtbetrag von Fr. 2'200'000 für die Erstellung eines Verbindungsgleises am Centralbahnplatz in Richtung Aeschenplatz bewilligt. Diese Ausgabe teilt sich wie folgt auf:

- Fr. 1'920'000 neue Ausgaben für die Gleisarbeiten zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich «Öffentlicher Verkehr», Rahmenausgabenbewilligung Ausbau Tramstreckennetz als Darlehen an die BVB
- Fr. 215'000 einmalige Ausgaben für den Trammersatz Baustellenverkehr zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Globalbudget Öffentlicher

Verkehr

- Fr. 65'000 jährlich wiederkehrende Ausgaben für den Gleisunterhalt der zusätzlichen Gleismeter, Weichen und Kreuzungen zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements, Globalbudget Öffentlicher Verkehr.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

19. Ausgabenbericht zur Verlängerung des Finanzhilfvertrages an den Erlen-Verein für das Jahr 2020

[22.01.20 11:24:53, FKom, BVD, 19.1101.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Finanzkommission (FKom) beantragen, auf das Geschäft 19.1101 einzutreten und Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt Fr. 425'000 zu bewilligen.

Voten: *Patrick Hafner, Präsident FKom; Peter Bochsler (FDP)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einzigster Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

87 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 1294, 22.01.20 11:29:07]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Als Finanzhilfe an den Erlen-Verein für den Betrieb des Tierparks Lange Erlen werden für das Jahr 2020 Ausgaben von insgesamt Fr. 425'000 bewilligt. Die Ausgaben setzen sich wie folgt zusammen:

- Fr. 385'000 für den allgemeinen Arealunterhalt sowie Energie- und Wasserkosten
- Fr. 40'000 für die Instandhaltung der Tiergehege und Behausungen

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

20. Bericht der Regiokommission zum Ausgabenbericht betreffend Ausgabenbewilligung für die IBA Basel – Beitrag im Rahmen der IBA Schlusspräsentation im Jahr 2020

[22.01.20 11:29:26, RegioKo, BVD, 19.1488.02, BER]

Die Regiokommission (RegioKo) beantragt mit ihrem Bericht 19.1488.02, auf das Geschäft einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt Fr. 387'000 zu bewilligen.

Voten: *Tim Cuénod, Präsident RegioKo*

Tonja Zürcher (GB): beantragt Rückweisung an den Regierungsrat.

Voten: *Thomas Mury (LDP); Christian von Wartburg (SP); Mark Eichner (FDP); Andrea Elisabeth Knellwolf (CVP/EVP); RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher BVD; Tim Cuénod, Präsident RegioKo*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Abstimmung

über die Rückweisung

JA heisst Rückweisung, NEIN heisst keine Rückweisung.

Ergebnis der Abstimmung

26 Ja, 60 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 1295, 22.01.20 11:51:06]

Der Grosse Rat beschliesst

keine Rückweisung.

Detailberatung

Titel und Ingress

Alinea 1

Alinea 2

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 19 Nein, 8 Enthaltungen. [Abstimmung # 1296, 22.01.20 11:51:56]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Es wird ein Gesamtbetrag von Fr. 387'000 für die Realisierung des temporären Basler Projekts "Rheinliebe – Rheinterrassen" im Rahmen der Schlusspräsentation der Internationalen Bauausstellung bewilligt. Diese Ausgabe teilt sich wie folgt auf:

- Fr. 351'000 neue Ausgaben für die Realisierung der temporären Massnahme im IBA Projekt "Rheinliebe - Rheinterrasse", zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich "Stadtentwicklung und Allmendinfrastruktur"

- Fr. 36'000 als wiederkehrende neue Ausgaben für den Betrieb und Unterhalt der temporären Massnahme im IBA Projekt "Rheinliebe - Rheinterrasse" zu Lasten der Erfolgsrechnung des Bau- und Verkehrsdepartements
Dieser Beschluss ist zu publizieren.

12. Ratschlag Verkauf temporärer Schulbau Hebel an die Gemeinde Riehen

[22.01.20 11:52:09, FKom, FD, 19.1400.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Finanzkommission (FKom) beantragen, auf das Geschäft 19.1400 einzutreten und der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Voten: *Patrick Hafner, Präsident FKom*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf das Geschäft **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einzigiger Absatz

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 0 Nein. [Abstimmung # 1297, 22.01.20 11:53:46]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Dem Verkauf des temporären Schulbaus an der Niederholzstrasse 89 in Riehen per 1. Januar 2020 für Fr. 943'000 an die Gemeinde Riehen wird zugestimmt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Schluss der 46. Sitzung

12:00 Uhr

Beginn der 47. Sitzung

Mittwoch, 22. Januar 2020, 15:00 Uhr

Besuch auf der Zuschauertribüne

Auf der Tribüne begrüsse ich Schülerinnen und Schüler der Wirtschaftsmittelschule Basel. Es sind über hundert junge Menschen, die sich in zwei Gruppen aufteilen und uns besuchen. Die WMS-Klassen waren zuvor schon auf einer Rathausführung und haben ausserdem im Stadthaus eine Diskussionsrunde mit Grossratsmitgliedern bestritten. Leitender Lehrer des Polittags ist Stefan Rüeegger.

Kaffeespende

Katja Christ spendiert uns heute Nachmittag aus Anlass ihrer letzten Grossratssitzung den Kaffee. Dafür möchte ich mich im Namen des Grossen Rates herzlich bedanken!

22. Budgetpostulate zum Budget 2020 1 bis 3

[22.01.20 15:01:57]

1. Budgetpostulat Beat Leuthardt und Andreas Zappalà betreffend JSD, Dienststelle 510 Bevölkerungsdienste und Migration, Transferaufwand

[22.01.20 15:01:57, 19.5592.01, NBP]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat 19.5592 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Andreas Zappalà (FDP); Beat Leuthardt (GB); RR Eva Herzog, Vorsteherin FD; Pascal Messerli (SVP)*

Zwischenfragen

Voten: *Jürg Meyer (SP); Pascal Messerli (SVP); Beat Leuthardt (GB); Pascal Messerli (SVP)*

Voten: *Alexandra Dill (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

19 Ja, 61 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 1298, 22.01.20 15:11:26]

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat **abzulehnen**.

Das Budgetpostulat 19.5592 ist **erledigt**.

2. Budgetpostulat Ursula Metzger betreffend PD, Dienststelle 350 Kantons- und Stadtentwicklung, Personalaufwand (Kordinator/in für Religionsfragen)

[22.01.20 15:11:37, 19.5594.01, NBP]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat 19.5594 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Christian Meidinger (SVP); Michelle Lachenmeier (GB); Ursula Metzger (SP)*

Zwischenfrage

Voten: *Christian Meidinger (SVP); Ursula Metzger (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

48 Ja, 46 Nein. [Abstimmung # 1299, 22.01.20 15:21:58]

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat 19.5594 dem Regierungsrat zur Stellungnahme gemäss § 49 Abs. 3 Geschäftsordnung zu **überweisen**.

3. Budgetpostulat Beatrice Messerli betreffend PD, Dienststelle 350 Kantons- und Stadtentwicklung, Transferaufwand (NachbarNet)

[22.01.20 15:22:33, 19.5595.01, NBP]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, das Budgetpostulat 19.5595 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Oliver Bolliger (GB); Nicole Amacher (SP); Joël Thüring (SVP)*

Zwischenfragen

Voten: *Jürg Meyer (SP); Joël Thüring (SVP); Oliver Bolliger (GB); Joël Thüring (SVP)*

Voten: *René Häfliger (LDP); Christian Griss (CVP/EVP); Beatrice Messerli (GB)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

51 Ja, 43 Nein. [Abstimmung # 1300, 22.01.20 15:40:59]

Der Grosse Rat beschliesst

das Budgetpostulat 19.5595 dem Regierungsrat zur Stellungnahme gemäss § 49 Abs. 3 Geschäftsordnung zu **überweisen**.

23. Motionen 1 – 3 und 5 - 6

[22.01.20 15:41:18]

1. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend kundenfreundliche Öffnungszeiten beim Bau- und Gastgewerbeinspektorat

[22.01.20 15:41:23, 19.5512.01, NME]

Der Regierungsrat ist bereit, die Motion 19.5512 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf die Motion 19.5512 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu **überweisen**.

2. Motion Beat K. Schaller und Konsorten betreffend eine moderne Verkehrsführung am Aeschenplatz

[22.01.20 15:41:56, 19.5519.01, NMN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion 19.5519 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Jörg Vitelli (SP); Raphael Fuhrer (GB); RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher BVD; Beat K. Schaller (SVP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 46 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 1301, 22.01.20 15:57:52]

Der Grosse Rat beschliesst

mit Stichtentscheid des Präsidenten auf die Motion 19.5519 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu **überweisen**.

3. Motion Sibylle Benz und Konsorten betreffend Durchlässigkeit der Ausbildungswege

[22.01.20 15:58:27, 19.5520.01, NMN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion 19.5520 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Beatrice Messerli (GB); Daniel Hettich (LDP); Martina Bernasconi (FDP); Lorenz Amiet (SVP); Edibe Gölgeli (SP); Katja Christ (fraktionslos); RR Conradin Cramer, Vorsteher ED; Sibylle Benz (SP)*

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 26 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 1302, 22.01.20 16:25:54]

Der Grosse Rat beschliesst

auf die Motion 19.5520 einzutreten und sie dem Regierungsrat zur Stellungnahme innert drei Monaten zu **überweisen**.

5. Motion Beatrice Messerli und Konsorten betreffend Aufhebung der Parkbuchten für den Güterumschlag an der St. Johans Vorstadt 29/33

[22.01.20 16:26:11, 19.5535.01, NMN]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion 19.5535 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Beatrice Messerli (GB): zieht die Motion **zurück**.

Die Motion 19.5535 ist **erledigt**.

6. Motion Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Änderung des Wahlgesetzes betreffend Wählbarkeit und Wohngemeinde

[22.01.20 16:27:34, 19.5536.01, NME]

Der Regierungsrat ist nicht bereit, die Motion 19.5536 zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Voten: *Thomas Widmer-Huber (CVP/EVP); Eduard Rutschmann (SVP); Jeremy Stephenson (LDP); Tonja Zürcher (GB)*

Zwischenfrage

Voten: *Stephan Mumenthaler (FDP); Tonja Zürcher (GB)*

Voten: Sarah Wyss (SP)

Zwischenfrage

Voten: Daniela Stumpf (SVP); Sarah Wyss (SP)

Voten: Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann, Vorsteherin PD

Zwischenfragen

Voten: Sebastian Kölliker (SP); Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann, Vorsteherin PD; Sarah Wyss (SP); Regierungspräsidentin Elisabeth Ackermann, Vorsteherin PD

Voten: Pascal Messerli (SVP)

Zwischenfrage

Voten: David Wüest-Rudin (fraktionslos); Pascal Messerli (SVP)

Voten: Katja Christ (fraktionslos); Christian C. Moesch (FDP)

Zwischenfrage

Voten: André Auderset (LDP); Christian C. Moesch (FDP)

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

41 Ja, 46 Nein, 7 Enthaltungen. [Abstimmung # 1303, 22.01.20 17:00:04]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion **abzulehnen**.

Die Motion 19.5536 ist **erledigt**.

Heiner Vischer, Grossratspräsident: Verabschiedungen

Auf Ende dieses Amtsjahres treten die folgenden vier Mitglieder aus dem Grossen Rat zurück. Ich würdige Sie nun in alphabetischer Reihenfolge:

Katja Christ (fraktionslos)

Ist seit 2014 Mitglied des Grossen Rates. Von 2014 - 2017 war sie Mitglied in der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission sowie der Wahlvorbereitungskommission. Katja Christ war neben ihrem Amt als Grossrätin auch noch Einwohnerrätin in Riehen. Aufgrund der Wahl in den Nationalrat verlässt nun Katja Christ die kantonale Politik.

Felix Eymann (LDP)

Ist seit insgesamt 28 Jahre Mitglied des Grossen Rates. Nämlich zum ersten Mal von 1988 bis 2001 und dann wiederum seit 2005. Er war 1988 Mitglied der Spezialkommission Gen-Technologie, sowie der Spezialkommission 3. Bauetappe Kantonsspital sowie von 1993 – 1997 Mitglied des Ratsbüros. Seit 2005 ist Felix Eymann Mitglied der Gesundheits- und Sozialkommission sowie seit 2013 Mitglied der IGPK UKBB welche er seit 2017 präsidiert.

Remo Gallacchi (CVP)

Ist seit 2008 Mitglied des Grossen Rates. Von 2008 bis 2011 war er Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission sowie von 2009 – 2013 Mitglied der Bau- und Raumplanungskommission, von 2011 – 2019 Mitglied der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission, von 2013 – 2019 Mitglied des Ratsbüros, seit 2019 Mitglied der IGPK UKBB sowie ebenfalls seit 2019 Mitglied der Gesundheits- und Sozialkommission und natürlich bleibt uns Remo Gallacchi als Grossratspräsident und mein Vorgänger im Amtsjahr 2018/2019 in

Erinnerung.

Jürg Meyer (SP)

Ist seit 2007 Mitglied des Grossen Rates. Von 2007 – 2009 war er Mitglied der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission und von 2009 – 2013 der Begnadigungskommission. Ebenfalls von 2009 – 2013 war er Mitglied der Petitionskommission, von 2013 – 2017 Mitglied der Gesundheits- und Sozialkommission sowie seit 2017 erneut Mitglied der Begnadigungskommission sowie der Justiz-, Sicherheits- und Sportkommission.

Ich danke Ihnen allen für die dem Staat in Ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Grossen Rates geleisteten Dienste. Für die weitere berufliche, persönliche und bei Katja Christ politische Zukunft in Bern entbiete ich Ihnen im Namen des Grossen Rates meine besten Wünsche.

[Applaus]

Verabschiedung Regierungsrätin Dr. Eva Herzog

Eva Herzog studierte an den Universitäten von Basel und Santiago de Compostela Geschichte, Wirtschaftswissenschaften und Spanisch. Während sich ihre Lizentiatsarbeit mit der Agrargeschichte Spaniens im 18. Jahrhundert befasste, beleuchtete ihre Dissertation mit dem Titel «Frisch, frank, fröhlich, frau» das Frauenturnen im Kanton Basel-Landschaft, und zeigt deutlich, wie wichtig ihr die Rolle der Frau in unserer Gesellschaft schon damals war und natürlich auch heute noch ist. Sie war damals auch die Koordinatorin des Vereins Frauenstadtrundgang Basel und wurde anschliessend Mitglied der Geschäftsleitung der Kulturwerkstatt Kaserne. Sie arbeitete als freiberufliche Kulturveranstalterin bevor sie 2001 wissenschaftliche Mitarbeiterin im Vizerektorat der Universität Basel wurde.

Von 1999 bis 2003 gehörte Eva Herzog dem Verfassungsrat an und sammelte dort wichtige Erfahrungen in staatsrechtlichen Fragen. 2001 wurde sie in den Grossen Rat gewählt, dem sie bis 2005 angehörte und 2004 / 2005 die SP Fraktion leitete.

2005 wurde ein weichenstellendes Jahr in ihrer Laufbahn, denn sie wurde in den Regierungsrat gewählt und übernahm vom liberalen Ueli Vischer das Finanzdepartement.

Während links-grün jubilierte sahen die Bürgerlichen ein finanzpolitisches Debakel auf unsere Stadt zukommen. Das passierte aber glücklicherweise nicht – ganz im Gegenteil: Die Finanzlage unserer Stadt verbesserte sich zusehends, Schulden konnten abgebaut werden und als «Krönung» durfte sie 2018 und 2019 das begehrte AAA-Rating von Standard & Poors für Basel entgegennehmen. Sehr wichtig für sie – und auch für unsere Stadt und ihre Wirtschaft – war ihr erfolgreicher Kampf, teilweise auch gegen ihre eigenen Genossen, für die Steuervorlage 17, die in der Abstimmung vom 10. Februar 2019 mit über 78% der Stimmen klar angenommen wurde.

Eva Herzog hat es zudem mit ihrer ruhigen und besonnenen Art geschafft, bis weit in das Bürgerliche Lager hinein Sympathien zu ernten, was sich in ihren immer wiederkehrenden Spitzenresultaten bei den Wahlen ausdrückte. Nun ist sie bei den letzten Wahlen mit 66% glanzvoll als Basler Standesvertreterin in den Ständerat gewählt worden und beendet deshalb ihr Regierungsmandat. Ich wünsche ihr, dass sie sich in Bern – gemäss dem Titel ihrer Doktorarbeit – «frisch, frank, fröhlich, frau» für die Interessen aller Basler Bürgerinnen und Bürger weiter engagieren wird.

Ich danke Dir, liebe Eva, an dieser Stelle im Namen aller Grossräte und Grossrätinnen für Deinen grossen Einsatz, den Du im Laufe der vielen Jahre für das Wohl unserer Stadt geleistet hast und wünsche Dir alles Gute und Erfolg für Deine Tätigkeit in Bern.

Es gibt ja heute Abend am Abschlussfest noch etwas zu trinken und zu essen – aber ich überreiche Dir jetzt trotzdem eine Flasche Champagner und Sunnereedli, damit Du dann zu Hause mit Thomas auf Deine vergangenen politischen Jahre in Basel und die bevorstehenden in Bern anstossen kannst.

[langanhaltender Applaus]

Heiner Vischer, Grossratspräsident: Sehr geehrte Frau Statthalterin
Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Grossen Rates
Sehr geehrte Frau Regierungspräsidentin
Verehrte Frau Regierungsrätin und Herren Regierungsräte
Werte Damen und Herren Gäste im Grossratssaal auf der Tribüne und zu Hause an den Bildschirmen

Nach einem Jahr – oder, um genauer zu sein – nach genau 343 Tagen darf ich in meiner Funktion als Grossratspräsident wieder zu Ihnen sprechen, ohne dabei eine Sitzung zu leiten.

In meinem Amtsjahr durfte ich als Präsident an insgesamt 230 Anlässen teilnehmen und an 57 von ihnen eine Rede halten. Meine Biomasse hat dabei um rund 3 Kilogramm zugenommen! An weiteren 165 Anlässen wäre ich zwar eingeladen gewesen, musste aber absagen – was einer Gesamtanzahl von fast 400 Einladungen entspricht. Die intensivsten Monate waren der Mai, September und November und den Rekord hält der 16. November mit 7 Anlässen. Auch war ich dieses Jahr an 18 Neujahrsanlässe eingeladen, wovon ich deren 10 besuchen konnte.

Nun, das sind in der Tat grosse Zahlen, die aber nur dann wirklich eine Bedeutung haben, wenn man sich auch des Sinns und Zwecks solcher Einladungen bewusst ist beziehungsweise bewusst wird. Auch die insgesamt 41 Grossratssitzungen – wovon rekordverdächtige 4 Nachtsitzungen waren – waren eine grosse Erfahrung, die ich aus meinem Amt mitnehme.

Ich möchte nun zuerst auf mein Amtsjahr zurückblicken, eine Bilanz ziehen und dann Gedanken für die Zukunft formulieren. Schliessen möchte ich mit ein paar Dankesworten.

1. Rückblick

Alles fing mit der Eröffnungssitzung am 13. Februar letzten Jahres an. Es war für mich natürlich eine Ehre, den Grossen Rat zum ersten Mal präsidieren zu dürfen – es war aber auch der Beginn eines Jahres, in dem ich mich nicht mehr direkt zu politischen Geschäften geäussert habe. Das ist nicht immer ganz einfach, wie Sie sich vorstellen können. Oft hätte ich gerne den einen oder anderen Kommentar abgegeben – aber das war nur gelegentlich in einer ironischen Randbemerkung möglich. Neu war für mich auch das Ratsgeschehen aus einer anderen Perspektive zu erleben, und Ihnen so direkt in die Augen schauen zu können und damit auch die Emotionen, die im Rat immer wieder einmal zum Tragen kamen und kommen, anders wahrzunehmen. Mir wurde so auch noch mehr als früher bewusst, wie viele Voten gehalten wurden, die eigentlich das bereits Gesagte wiederholten oder mit dem Thema des Traktandums nur entfernt wenn überhaupt zusammenhingen. Aber das ist selbstverständlich dank unserer Redefreiheit in unserem Rat völlig legitim. Im Sinne eines Lobes an Sie kann ich jedoch auch feststellen, dass ich nur drei Mal einen Votanten oder eine Votantin mahnen musste, eine unangemessene Wortwahl zu unterlassen.

Ärgerlich waren die immer wieder auftretenden Probleme mit der Abstimmungsanlage, die Unklarheiten und Verzögerungen mit sich brachten. Mit einer Ausnahme – das war der Totalausfall der Abstimmungsanlage nach den Sommerferien – konnten diese Missstände bei einer Wiederholung der Abstimmung behoben werden. Auf Grund des Alters der Abstimmungsanlage und des immer häufiger benützten WLAN's, das offenbar zu Interferenzen mit dem Abstimmungssystem führt, hat das Ratsbüro dann auch beschlossen, dass die Abstimmungsanlage in naher Zukunft verkabelt werden wird. Das ist zwar eine kostspielige Aktion, wird aber die nötige Stabilität in das System bringen.

Ein Höhepunkt im vergangenen Jahr war sicher die Abstimmung über die Ausrufung des Klimanotstandes in unserem Kanton. Die Emotionen waren hier besonders spürbar und wurden durch die grosse Präsenz von jungen, besorgten Klimaaktivisten auf der Tribüne unterstrichen. Ich war sehr froh, dass die Reaktionen im Saal und auf der Tribüne nach der Abstimmung sehr kontrolliert waren und ich habe dies auch in einem Kompliment an alle Anwesenden zum Ausdruck gebracht.

In der Folge war dann das Klima und der Schutz vor der Klimaveränderung DAS grosse, bestimmende Thema unserer Ratsdebatten – und ist es immer noch. Es vergeht beinahe keine Sitzung, an der nicht Vorstösse zu diesem Thema eingebracht werden. Oft sind jedoch die Begehren ähnlich und stellen in der Form einer Motion an uns alle und insbesondere an die Regierung hohe Anforderungen. Das ging in einigen Fällen so weit, dass der zuständige Regierungsrat sagen musste, dass er sich ausser Stande sähe, die Forderungen in der gewünschten Form und im geforderten Umfang umsetzen zu können. Aber auch hier ist es natürlich legitim, im

Rahmen der Geschäftsordnung solche Begehren zu stellen – schliesslich sind wir hier in diesem Saal die demokratisch gewählte Repräsentanz des Volkes.

Ich möchte meinen Rückblick nicht beenden, ohne auf meine besuchten Anlässe einzugehen. Diese brachten mich an viele mir unbekannte Orte und vor allem mit Menschen zusammen, die ich sonst nie getroffen hätte, und das waren für mich echte Bereicherungen. So zum Beispiel an verschiedenen Banntagen mitzulaufen, mit den Artisten und Artistinnen das 50-jährigen Jubiläums des Jugendcircus' Basilisk zu feiern, die immense Freude der vielen jungen Spitzensportler und Spitzensportlerinnen an der Verleihung der Baseler Sport Champion Awards zu erleben, am «Inferno-Seifenkistenrennen» den Margarethenhügel hinunter zu sausen oder am Vorgesetztenessen und am Gryffemähli der 3 Kleinbasler Ehrengesellschaften einen Tanz der drei Wappentiere – auch das habe ich gelernt, dass nämlich auch der «Wild Maa» ein Tier ist – abnehmen zu dürfen. Was mich jedes Mal beeindruckte war, mit viel Liebe und Hingabe sich die vielen freiwilligen Helfer und Helferinnen für ihre Aufgaben eingesetzt haben und es so ermöglichen, dass diese Traditionen aufrecht erhalten werden können.

2. Die Bilanz

Unsere Stadt, unser Kanton und unsere Region haben und pflegen eine unglaublich reiche kulturelle – und auch politische – Tradition. Dies ist der Kitt in unserer Gesellschaft. Ich habe aber auch gesehen, mit wie viel Elan sich die vielen Zuzüger und Zuzügerinnen in Basel für unsere Stadt interessieren und engagieren. Das hat man zum Beispiel bei den Einbürgerungsfeiern, aber auch an der kürzlich neu im Rathaus durchgeführten Museumsnacht feststellen können. Unsere letzte Quizrunde, nach Mitternacht, war nämlich auf Englisch geplant und wir waren uns gar nicht so sicher, wieviel Interesse tatsächlich an einer englischen Version des Quiz bestand. Nach meiner Frage in den fast voll besetzten Ratsaal, was die Mehrheit wünscht, wurde schnell klar, dass fast alle Anwesenden Expats – oder zumindest englisch-affine Besucher und Besucherinnen – unbedingt den Quiz auf Englisch durchführen wollten. Und so wurden zum ersten Mal in der Geschichte des Rathauses Abstimmungen auf Englisch durchgeführt.

Die Bilanz betreffend Ratsbetrieb ist durch die riesige Agenda von wichtigen Geschäften, die wir abzarbeiten hatten, bestimmt. Dass dafür die Zeit mehrmals nicht ausreichte und Nachtsitzungen einberufen werden mussten, ist natürlich ärgerlich – aber wir sind am Zustandekommen dieser Situation auch nicht ganz unschuldig. Eine wahre Flut an Vorstössen und auch nicht enden wollende Wortmeldungen trugen das ihre dazu bei. Dennoch hat es letzten Endes doch noch geklappt und wir konnten das Jahr ohne eine Restanz in der Pendenzenliste beenden.

3. Gedanken zur Zukunft

Was ich mir für die Zukunft wünsche ist, dass man wieder vermehrt einander zuhört, wenn Voten gehalten werden. Nur so ergibt sich eine Dialogkultur, die auch etwas bringen kann. Dazu braucht es auch vermehrt die nötige Sachlichkeit und nicht den frühen Verfall in eine Emotionalität, die einer konstruktiven Auseinandersetzung entgegensteht. Wichtig ist das stete Abwägen vom Wünschenswerten und dem dringend Notwendigen und Machbaren – genauso wie auch die Frage immer wieder gestellt werden muss, wieviel Staat es wirklich braucht. Wie ich vorher ausgeführt habe, durfte ich so viele wunderbare Menschen kennenlernen, die sich mit einer Selbstverständlichkeit für unseren Staat einsetzen und ihn dadurch fundamental unterstützen. Ihnen gebührt in der Zukunft eine noch grössere Wertschätzung, als dies heute der Fall ist.

Letzten Endes geht es aber um die Glaubwürdigkeit unseres Parlamentes gegenüber den Bürgern und Bürgerinnen und der gesamten Bevölkerung. Wir müssen immer wieder beweisen, dass auch wir als Legislative – neben der Exekutive – einen strategischen Blick in die Zukunft haben. Natürlich ist es dabei wichtig, dass die Gewaltentrennung, wie in der Verfassung vorgeschrieben, beibehalten wird. Und das gilt es auch zu beachten, wenn mit dem Instrument der Motion die Regierung immer öfter zum Handeln aufgefordert wird. Es liegt in unserer Verantwortung, als neben dem Volk höchste Instanz in unserem Kanton, dem Wohl Aller zu dienen, wie es auf dem Spruch über Ihnen festgehalten ist: Salus Publica Suprema Lex.

4. Dank

Erlauben Sie mir, bevor ich schliesse, noch Worte des Dankes auszusprechen.

Zuerst möchte ich mich bei Ihnen allen bedanken, dass Sie mich immer unterstützt haben – auch wenn vielleicht die langen Sitzungen manchmal etwas Geduld von Ihnen abverlangt haben.

Mein nächster und herzlichster Dank geht an den ersten Ratssekretär, Beat Flury. Er hat mich in allen Belangen stets kompetent und effizient unterstützt – es war wirklich eine grosse Freude, mit Dir, Beat, so gut zusammengearbeitet zu haben. Dann gilt mein grosser Dank auch allen Mitarbeitenden der Parlamentsdienste, die im Hintergrund viel Arbeit geleistet haben, um den Ratsbetrieb so reibungslos abwickeln zu können. Nun gut

– bei der Abstimmungsanlage war das leider – trotz Extra-Einsätzen – nicht immer möglich. Aber da können sie wirklich nichts dafür!

Und schliesslich geht mein ganz spezieller und herzlicher Dank an meine Statthalterin, Salome Hofer. Liebe Salome, Du hast Deinen Job als Statthalterin ganz hervorragend gemacht – das hat man schon vom ersten Moment an gemerkt. Du hast mir so oft die wichtigen und richtigen Ratschläge gegeben, wenn ich Dich vor, während oder nach den Sitzungen darum gebeten habe. Ich kann deshalb mit Überzeugung sagen, dass Du dem grossen Vertrauen, das Dir der Rat mit Deiner glanzvollen Wahl zur neuen Ratspräsidentin entgegengebracht hat, mehr als gerecht werden wirst.

Ich schliesse nun die letzte Sitzung des dritten Amtsjahres der 43. Legislatur und freue mich, Sie in der Messe zum Schlusssooobe wieder zu sehen.

[langanhaltender Applaus]

Schriftliche Anfragen

- René Brigger betreffend notwendige Investitionen in das Sevogelschulhaus (Nr. 195590.01)
- Jörg Vitelli betreffend des elektronischen Kantonsblatts (Nr. 20.5014.01)

Schluss der 47. Sitzung

17:25 Uhr

Basel, 22. Januar 2020

Dr. Heiner Vischer
Grossratspräsident

Beat Flury
I. Ratssekretär

Anhang A: Abstimmungsergebnisse

Sitz	Abstimmungen 1287 - 1300	1287	1288	1289	1290	1291	1292	1293	1294	1295	1296	1297	1298	1299	1300
1	Semseddin Yilmaz (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	N	J	J
2	Sibylle Benz (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	N	J	J
3	Tim Cuénod (SP)	A	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	N	J	J
4	Sigirci Mehmet (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	N	J	J
5	Thomas Gander (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	N	J	J
6	René Brigger (SP)	J	A	J	A	J	J	J	J	N	J	J	A	J	J
7	Barbara Heer (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
8	Ursula Metzger (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	E	J	J
9	Lisa Mathys (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	N	J	J
10	Patricia von Falkenstein (LDP)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	N	J	N	N	N
11	Raoul Furlano (LDP)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	N	J	N	N	N
12	Michael Koechlin (LDP)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	N	J	N	N	N
13	Stephan Schiesser (LDP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
14	Catherine Alioth (LDP)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	N	J	N	N	N
15	Patrick Hafner (SVP)	J	J	J	J	E	N	J	J	J	N	J	N	J	N
16	Roland Lindner (SVP)	J	J	J	J	J	N	J	J	N	J	J	N	N	N
17	Gianna Hablützel (SVP)	J	J	J	J	J	N	J	J	N	J	J	N	N	N
18	Pascal Messerli (SVP)	J	J	J	J	J	N	J	J	N	J	J	N	N	N
19	Jo Vergeat (GB)	J	J	N	J	J	J	J	J	E	J	J	J	J	J
20	Jérôme Thiriet (GB)	J	J	N	J	J	J	J	J	E	J	A	J	J	J
21	Barbara Wegmann (GB)	J	J	N	J	J	J	J	J	J	E	J	J	J	J
22	Christophe Haller (FDP)	J	A	A	A	A	N	J	J	J	E	A	A	N	N
23	David Jenny (FDP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
24	Erich Bucher (FDP)	J	J	J	J	J	N	J	J	N	J	J	J	N	N
25	Oswald Inglin (CVP/EVP)	J	J	J	J	J	N	J	J	N	J	J	N	N	N
26	Beatrice Isler (CVP/EVP)	J	J	J	J	J	N	J	J	N	J	J	N	N	N
27	Esther Keller (fraktionslos)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	N	N	J
28	Nicole Amacher (SP)	J	J	J	J	A	J	J	J	N	J	J	N	J	J
29	Beda Baumgartner (SP)	J	J	J	A	J	J	J	J	N	J	J	N	J	J
30	Danielle Kaufmann (SP)	J	J	J	J	J	J	J	A	N	J	J	N	J	J
31	Jean-Luc Perret (SP)	J	J	J	J	J	J	J	A	N	J	J	N	J	J
32	Jörg Vitelli (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	A	J	J
33	Toya Krummenacher (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	N	J	J
34	Seyit Erdogan (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	N	J	J
35	Christian von Wartburg (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	N	J	J
36	Jürg Meyer (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J
37	Kaspar Sutter (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	N	J	J
38	Stefan Wittlin (SP)	J	J	E	J	J	J	J	J	N	J	J	N	J	J
39	Claudio Miozzari (SP)	J	J	E	J	J	J	J	J	N	J	J	N	J	J
40	Alexandra Dill (SP)	J	J	J	J	J	J	J	J	N	J	J	N	J	J
41	Oliver Bolliger (GB)	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J	J
42	Beatrice Messerli (GB)	J	J	N	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J
43	Raphael Fuhrer (GB)	J	J	N	J	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J
44	Jürg Stöcklin (GB)	J	J	N	J	J	J	J	A	E	J	J	J	J	J
45	Lea Steinle (GB)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
46	Joël Thüring (SVP)	J	J	J	J	J	N	J	J	N	J	J	N	N	N
47	Alexander Gröflin (SVP)	J	J	J	J	J	N	J	J	N	J	A	A	A	A
48	Roger Stalder (SVP)	J	J	J	J	J	N	J	J	N	J	J	N	N	N
49	Daniela Stumpf (SVP)	J	J	J	J	J	N	J	J	N	J	J	N	N	N
50	Beat K. Schaller (SVP)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	N	J	A	N	J
51	Heiner Vischer (LDP)	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P	P
52	Thomas Müry (LDP)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	N	J	J	N	N

Sitz	Abstimmungen 1301 - 1303	1301	1302	1303
1	Semsetdin Yilmaz (SP)	N	J	E
2	Sibylle Benz (SP)	N	J	J
3	Tim Cuénod (SP)	N	J	J
4	Sigirci Mehmet (SP)	N	J	J
5	Thomas Gander (SP)	N	J	J
6	René Brigger (SP)	N	J	J
7	Barbara Heer (SP)	A	A	A
8	Ursula Metzger (SP)	N	J	J
9	Lisa Mathys (SP)	N	J	J
10	Patricia von Falkenstein (LDP)	J	N	N
11	Raoul Furlano (LDP)	J	N	N
12	Michael Koechlin (LDP)	J	N	N
13	Stephan Schiesser (LDP)	A	A	A
14	Catherine Alioth (LDP)	J	E	N
15	Patrick Hafner (SVP)	J	J	N
16	Roland Lindner (SVP)	J	J	N
17	Gianna Hablützel (SVP)	J	J	N
18	Pascal Messerli (SVP)	J	J	N
19	Jo Vergeat (GB)	N	J	J
20	Jérôme Thiriet (GB)	N	J	J
21	Barbara Wegmann (GB)	N	J	J
22	Christophe Haller (FDP)	J	N	N
23	David Jenny (FDP)	A	A	A
24	Erich Bucher (FDP)	J	N	N
25	Oswald Inglin (CVP/EVP)	J	N	N
26	Beatrice Isler (CVP/EVP)	J	N	N
27	Esther Keller (fraktionslos)	N	J	J
28	Nicole Amacher (SP)	N	J	J
29	Beda Baumgartner (SP)	N	J	J
30	Danielle Kaufmann (SP)	N	J	J
31	Jean-Luc Perret (SP)	N	J	J
32	Jörg Vitelli (SP)	N	J	J
33	Toya Krummenacher (SP)	N	J	J
34	Seyit Erdogan (SP)	N	J	J
35	Christian von Wartburg (SP)	N	J	J
36	Jürg Meyer (SP)	N	J	N
37	Kaspar Sutter (SP)	N	J	J
38	Stefan Wittlin (SP)	N	J	J
39	Claudio Miozzari (SP)	N	J	J
40	Alexandra Dill (SP)	N	J	J
41	Oliver Bolliger (GB)	N	J	J
42	Beatrice Messerli (GB)	N	J	J
43	Raphael Fuhrer (GB)	N	J	J
44	Jürg Stöcklin (GB)	N	J	E
45	Lea Steinle (GB)	A	A	A
46	Joël Thüring (SVP)	J	J	N
47	Alexander Gröflin (SVP)	A	A	A
48	Roger Stalder (SVP)	J	J	N
49	Daniela Stumpf (SVP)	J	J	N
50	Beat K. Schaller (SVP)	J	J	N
51	Heiner Vischer (LDP)	P	P	P
52	Thomas Müry (LDP)	J	N	N

Sitz	Abstimmungen 1301 - 1303	1301	1302	1303
53	François Bocherens (LDP)	J	N	N
54	Jeremy Stephenson (LDP)	J	N	N
55	Luca Urgese (FDP)	J	N	N
56	Stephan Mumenthaler (FDP)	J	N	N
57	Christian Moesch (FDP)	J	N	J
58	Felix Meier (CVP/EVP)	J	N	N
59	Andrea E. Knellwolf (CVP/EVP)	J	N	N
60	Martina Bernasconi (FDP)	J	N	N
61	David Wüest-Rudin (fraktionslos)	E	J	J
62	Michela Seggiani (SP)	N	J	E
63	Jessica Brandenburger (SP)	N	J	J
64	Kerstin Wenk (SP)	N	J	J
65	Salome Hofer (SP)	N	J	J
66	Sarah Wyss (SP)	N	J	J
67	Pascal Pfister (SP)	N	J	J
68	Georg Mattmüller (SP)	N	J	J
69	Edibe Gölgeci (SP)	N	J	E
70	Franziska Reinhard (SP)	N	J	J
71	Sebastian Kölliker (SP)	N	J	J
72	Tonja Zürcher (GB)	N	J	J
73	Beat Leuthardt (GB)	N	J	E
74	Michelle Lachenmeier (GB)	N	J	J
75	Talha Ugur Camlibel (SP)	N	J	J
76	Harald Friedl (GB)	N	J	J
77	Felix Wehrli (SVP)	J	J	N
78	Christian Meidinger (SVP)	J	J	N
79	Lorenz Amiet (SVP)	J	J	N
80	Rudolf Vogel (SVP)	J	J	N
81	Felix Eymann (LDP)	J	N	N
82	André Auderset (LDP)	J	N	N
83	René Häfliger (LDP)	J	N	J
84	Mark Eichner (FDP)	J	N	N
85	Beat Braun (FDP)	J	N	N
86	Peter Bochsler (FDP)	J	J	N
87	Remo Gallacchi (CVP/EVP)	J	N	N
88	Balz Herter (CVP/EVP)	J	J	N
89	Thomas Strahm (LDP)	J	N	N
90	Daniel Hettich (LDP)	J	N	N
91	Eduard Rutschmann (SVP)	J	J	N
92	Heinrich Ueberwasser (SVP)	J	J	N
93	Franziska Roth (SP)	N	J	E
94	Sasha Mazzotti (SP)	A	A	E
95	Andreas Zappalà (FDP)	J	N	N
96	Thomas Widmer-Huber (CVP/EVP)	J	E	N
97	Thomas Grossenbacher (GB)	N	E	N
98	Christian Griss (CVP/EVP)	J	E	N
99	Katja Christ (fraktionslos)	J	J	N
100	Olivier Battaglia (LDP)	J	N	N
J	JA	46	63	41
N	NEIN	46	26	46
E	ENTHALTUNG	1	4	7
A	ABWESEND	6	6	5
P	PRÄSIDIUM (stimmt nicht mit)	1	1	1
	Total	100	100	100

Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisung)

Direkt auf die Tagesordnung kommen		Komm.	Dep.	Dokument
1.	Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag Ausgabenbewilligung Neubauten für die Erweiterung der Primarschule Wasgenring	BRK	BVD	19.0809.02
2.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Staatsvertrag zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über die Abgeltung kultureller Zentrumsleistungen (Kulturvertrag) und Umsetzung im Kanton Basel-Stadt. <i>Partnerschaftliches Geschäft</i>	BKK	PD	19.1152.02
3.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Bewilligung von Staatsbeiträgen an den RFV Rockförderungsverein Basel für die Jahre 2020-2023	BKK	PD	19.0749.02
4.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag betreffend Staatsbeiträge für die offene Kinder- und Jugendarbeit für die Jahre 2020 bis 2023	BKK	ED	19.0361.02
5.	Bericht und Vorschlag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl eines Richters am Sozialversicherungsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2016 – 2021	WVKo		19.5376.02
6.	Bericht und Vorschlag der Wahlvorbereitungskommission zur Wahl der Leitenden Jugendanwältin. Amtsdauer 2017 – 2022	WVKo		19.5352.02
7.	Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Fünften Bericht über die Leistungs-, Kosten- und Prämienentwicklung sowie die Massnahmen zur Dämpfung der Höhe der Gesundheitskosten gemäss § 67 Abs. 2 des Gesundheitsgesetzes	GSK	GD	19.1435.02
8.	Bericht der Regiokommission zum Ausgabenbericht betreffend Ausgabenbewilligung für die IBA Basel – Beitrag im Rahmen der IBA Schlusspräsentation im Jahr 2020	RegioKo	BVD	19.1488.02
9.	Antrag der Geschäftsprüfungskommission auf Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) betreffend Neubau des Biozentrums	GPK		19.5579.01
10.	Ratschlag Neues Verbindungsgleis Centralbahnplatz Nord in Richtung Aeschenplatz		BVD	19.1769.01
11.	Ratschlag betreffend die Zahl der den Wahlkreisen der Stadt Basel und den Gemeinden Bettingen und Riehen im Grossen Rat zustehenden Sitze		PD	19.1837.01
12.	Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Nora Bertschi und Konsorten betreffend Ausstieg der Pensionskasse Basel-Stadt aus der Investition in fossile Energien sowie Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend keine Investitionen in die Rüstungsindustrie durch die Pensionskasse Basel-Stadt		FD	15.5563.03 16.5491.03
13.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug I. Raoul Furlano und Konsorten betreffend Erhaltung der Hauptpost		WSU	17.5230.02
14.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Wärmeverbundslösungen im Lehenmattquartier		WSU	17.5233.02
15.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug I. Raoul Furlano und Konsorten betreffend „Buddy System „– eine Massnahme zur Prävention von hitzebedingter Mortalität und Morbidität bei Senioren		GD	17.5243.02
16.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Sebastian Frehner betreffend gemeinsame Trägerschaft für das Theater Basel		PD	11.5070.05
17.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Hanspeter Gass und Konsorten betreffend ungenügender Abgeltung von Zentrumsleistungen im Bereich Kultur		PD	05.8449.05

18.	Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Luca Urgese und Konsorten betreffend Abstimmungsempfehlung auch bei direkt dem Volk vorgelegten Volksinitiativen (abschreiben) sowie Harald Friedl und Konsorten betreffend Verlängerung der Frist für die Festlegung von Abstimmungen (stehen lassen)	PD	16.5314.03 18.5190.03
19.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Edibe Gölgeli und Konsorten betreffend Überprüfung neuer Anforderungskriterien für den Unterricht in Heimatlicher Sprache und Kultur (HSK) und eine Teileingliederung in die öffentlichen Schulen	ED	17.5244.02
20.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Heiner Vischer und Konsorten betreffend Erhöhung der Sicherheit am Bahnhofplatz	BVD	17.5435.02
21.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Raphael Fuhrer und Konsorten betreffend Auftrag für die Stadtgärtnerei zur Bildung der Bevölkerung über den Anbau, die Saisonalität und Artenvielfalt landwirtschaftlicher Produkte	BVD	17.5228.02
22.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Rudolf Rechsteiner und Konsorten betreffend Feldtest von Elektrobus ohne Oberleitung	BVD	15.5574.03
23.	Budgetpostulate für das Budget 2020:		
1.	Beat Leuthardt und Konsorten betreffend JSD, Dienststelle 510 Bevölkerungsdienste und Migration, Transferaufwand (Basler Adressbuch)		19.5592.01
2.	Ursula Metzger betreffend PD, Dienststelle 350 Kantons- und Stadtentwicklung, Personalaufwand (Koordinator/in für Religionsfragen)		19.5594.01
3.	Beatrice Messerli betreffend PD, Dienststelle 350 Kantons- und Stadtentwicklung, Transferaufwand (NachbarNet)		19.5595.01

Überweisung an Kommissionen

24.	Ratschlag für die Bewilligung einer Rahmenausgabenbewilligung für die Akquisition und Durchführung von internationalen Sport-Grossanlässen für die Jahre 2021 bis 2024	JSSK	ED	19.0697.01
25.	Ausgabenbericht Sonderschutz-Lieferwagen der Kantonspolizei	JSSK	JSD	19.1614.01
26.	Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für die Gesamtsanierung der Kunsteisbahn Margarethen sowie Bericht zu einem Anzug	JSSK / BRK	BVD	19.1663.01 15.5249.03
27.	Ratschlag zur Rahmenausgabenbewilligung als Darlehen an die BVB für eine kundenorientierte, einheitliche Ausrüstung der ÖV-Haltestellen gemäss Haltestellenausstattungskonzept	UVEK	BVD	19.1281.01
28.	Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für die Sanierung Vollzugszentrum Klosterfichten, Klosterfichtenweg 22	BRK	BVD	19.1654.01
29.	Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung für die Projektierung der neuen Primarschule Walkeweg mit zwei Doppelkindergärten sowie Zonenänderung im Bereich Münchensteinerstrasse, Walkeweg und Änderung des Bebauungsplans Nr. 207.2 für die neue Primarschule Walkenweg	BRK	BVD	19.1695.01
30.	Ratschlag Ersatzneubau Robi Bachgraben, Felsplattenstrasse 11, 4055 Basel. Ausgabebewilligung für die Realisierung	BRK	BVD	19.1745.01
31.	Bericht zu den Ereignissen der Generellen Aufgabenprüfung für die Legislatur 2017 – 2021 und Bericht zu einem Anzug	FKom	FD	18.0652.01 18.5393.02
32.	Petition P409 "Aufarbeitung der gefälltten Entscheidungen der BVB-Führung sowie deren Auswirkungen auf den Betrieb seit der Auslagerung im Jahr 2006"	PetKo		19.5576.01
33.	Petition P410 "Ehrung für Hermann Hesse"	PetKo		19.5577.01

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

34.	Vorgezogene Budgetpostulate zum Budget 2021:		
1.	Jürg Stöcklin und Konsorten betreffend PD, Dienststelle 330 Staatskanzlei, Sach- und Betriebsaufwand (Wiedereinführung Neujahrsapéro)		19.5593.01
2.	Ursula Metzger betreffend PD, Dienststelle 350 Kantons- und Stadtentwicklung, Personalaufwand (Kordinator/in für Religionsfragen)		19.5591.01
35.	Bericht der Wirtschafts- und Abgabekommission zum Ratschlag betreffend Ausgabenbewilligung zur Realisierung des Hafengebäckens 3 sowie Ausgabenbewilligung für die Weiterentwicklung der Hafentram in Kleinhüningen (Vorprojekt) sowie Mitbericht der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission	WAK/UVEK WSU	18.1757.02
36.	Motionen:		
1.	Motion Pascal Messerli und Konsorten betreffend Teilnahme der baselstädtischen Schulen an den PISA-Studien		19.5573.01
2.	David Wüest-Rudin und Konsorten betreffend Reduktion des Ausgabenwachstums im Finanzplan bis 2023		19.5580.01
37.	Anzüge:		
1.	Joël Thüring und Konsorten betreffend Nationaler Zukunftstag 2020: Ein Bubenparlament für Basel als Zeichen für die Geschlechtergleichstellung		19.5559.01
2.	Beatrice Isler und Konsorten betreffend kantonale Einbürgerungsgebühren		19.5564.01
3.	Anzug Felix W. Eymann und Konsorten betreffend Verkehrswege für Pendlerinnen und Pendler		19.5563.01
4.	Anzug Thomas Widmer-Huber und Konsorten betreffend Herzstück: Platzierung der Bahnstation bei der Hauptpost		19.5570.01
5.	Anzug Franziska Roth und Konsorten betreffend bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Familien mit behinderten und chronisch kranken Kindern		19.5571.01
6.	Anzug Joël Thüring und Konsorten betreffend keine Demobewilligungen in der Innenstadt an Grossanlässen		19.5572.01
7.	Toya Krummenacher und Konsorten betreffend Fonds zur Förderung von Unternehmen/Startups aktiv im Bereich sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit		19.5581.01
8.	Kerstin Wenk und Konsorten betreffend Ermöglichung eines ordentlichen Betriebes von Kinderplanschbecken auf Spielplätzen und Parkanlagen von Basel		19.5582.01
9.	Kerstin Wenk und Konsorten betreffend vereinfachter Verhandlungen von Leistungsaufträgen		19.5587.01

Kenntnisnahme

38.	Rücktritt von Katja Christ als Mitglied des Grossen Rates per 31. Januar 2020		19.5589.01
39.	ProRhen AG: Jahresbericht 2018 des Regierungsrates	WSU	19.1647.01
40.	Stellungnahme des Regierungsrates zu den Erwartungen der Geschäftsprüfungskommission im Bericht zum Rechenschaftsbericht und Bericht zum Jahresbericht 2018 des Regierungsrates	GPK	
41.	Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Jörg Vitelli und Konsorten betreffend Weiterführung der Buslinie 58 von Münchenstein bis zum Dreispitz sowie betreffend öV-Erschliessung der Nordspitze Dreispitz und Gundeldingen (beide stehen lassen)	BVD	17.5404.02 18.5165.02
42.	Schreiben des Regierungsrates zu den Anzügen Beatrice Isler und Konsorten betreffend Mitwirkungsverfahren (stehen lassen)	PD	17.5405.02

43.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend Erhalt eines autonomen Lebens bis ins hohe Alter (stehen lassen)	GD	17.5354.02
44.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Claudio Miozzari betreffend Sammlungskonzepte der staatlichen Museen	PD	19.5379.02
45.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Tonja Zürcher betreffend Strategie klimagerechte Mobilität	BVD	19.5411.02
46.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage David Wüest-Rudin betreffend Leistungsaufträge in der Spitexversorgung des Kantons Basel-Stadt	GD	19.5375.02
47.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Christophe Haller betreffend Vorbereitung auf Annahme der Gesetzesinitiative für erschwingliche Parkgebühren	JSD	19.5410.02
48.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Sarah Wyss betreffend Qualität und Effizienz in der Pflege und Spitex	GD	19.5395.02
49.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Semsedin Yilmaz betreffend Foodwaste in Spitälern und Pflegeeinrichtungen	GD	19.5432.02
50.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Semsedin Yilmaz Patientenverfügung	GD	19.5435.02
51.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Lisa Mathys betreffend Sensibilisierung für und Bekämpfung von Littering	WSU	19.5394.02
52.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Danielle Kaufmann betreffend Superkeime aus Indien im Basler Trinkwasser	WSU	19.5436.02
53.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Edibe Gölgeci betreffend Kinder- und Jugenddienst Basel-Stadt (KJD)	ED	19.5459.02
54.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Beatrice Isler betreffend kostenpflichtige Transparenz in der Ablehnung	PD	19.5415.02
55.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage David Jenny betreffend Basel als Teil des Mittelstandes oder Riechen mit einem Bundesrat oder wie viel Sorgfalt wurde bei der Redaktion Basel.Business, life, culture. Verwendet?	PD	19.5409.02
56.	Schreiben des Regierungsrates zur Schriftlichen Anfrage Semsedin Yilmaz betreffend faire Verteilung kleinerer öffentlicher Aufträge an verschiedene Unternehmen	BVD	19.5402.02

Anhang C: Neue Vorstösse

Budgetpostulate zum Budget 2020

1. Justiz- und Sicherheitsdepartement, Dienststelle 510 Bevölkerungsdienste und Migration, Transferaufwand

19.5592.01

Erhöhung um Fr. 120'000

Begründung:

Das jährlich vom Schwabe Verlag gedruckte Basler Adressbuch ist ein unentbehrlicher Teil des Service public. Das Adressbuch bildet eine überaus wertvolle und unentbehrliche Datenquelle für Praktiker/innen. Insbesondere enthält es die Angaben der Eigentümerschaften sowie der Mietparteien aufgeteilt nach Strassen und Hausnummern. Diese Datenquellen sind für die Fachleute sowohl auf der Vermieterseite wie auch auf der Mieterseite in ihrer Alltagsarbeit von höchster Wichtigkeit. Aufgrund rückläufiger Auflage ist das Basler Adressbuch für den Verlag stark defizitär geworden. Schon die Ausgabe 2019 kam nur mit Mühe zustande; die Ausgabe 2020 wird deshalb leider ausfallen müssen. Damit danach die Ausgabe 2021 wieder gedruckt und anfangs 2021 ausgeliefert werden kann, benötigt der Verlag einen Staatsbetrag von maximal Fr. 120'000. Diese Summe setzt sich zusammen einerseits aus den ungedeckten Druck- und Satzkosten in Höhe von rund Fr. 62'000 und andererseits dem Beitrag des Verlags an den Kanton zum Bezug der Daten in Höhe von rund Fr. 20'000. Zudem wird laut Verlag ein einmaliger Betrag von Fr. 40'000 benötigt, damit die Konvertierung und Adaptierung der vom Kanton angelieferten Daten an das Adressbuch für die kommenden Jahre gewährleistet werden kann.

Beat Leuthardt, Andreas Zappalà

2. Präsidialdepartement, Dienststelle 350 Kantons- und Stadtentwicklung, Personalaufwand

19.5594.01

Erhöhung um Fr. 29'580

Begründung:

Die Koordination für Religionsfragen hat eine wichtige Funktion im Kanton inne. Es ist diejenige Stelle, die den Kontakt zu den verschiedensten Religionsgemeinschaften aktiv pflegen kann und somit auch einen Überblick hat, was in diesem Bereich in Basel abläuft.

Die Stelle war ursprünglich mit 50% dotiert. Nach dem Weggang von Lilo Roost wurde sie nur noch mit 40% besetzt.

Um mit den verschiedensten Religionsgemeinschaften in einem aktiven Dialog zu stehen, allfällige schwierige Entwicklungen einzelner Vereine zu bemerken und allenfalls intervenieren zu können, in Projekten und Arbeitsgruppen verschiedenster Departemente aktiv mitarbeiten zu können, braucht es aber mehr als 40 Stellenprozent.

Die Stelle der Koordination für Religionsfragen hat eine wichtige präventive Wirkung, die nicht zu unterschätzen ist. Sie ist unabdingbar, um ein friedliches Zusammenleben aller einer Religionsgemeinschaft angehörenden und aller keiner Religionsgemeinschaft angehörender Menschen in Basel zu erhalten.

Wir stellen daher den Antrag, die Stelle der Koordinatorin/des Koordinators für Religionsfragen im Jahr 2020 auf 60 Stellenprozent zu erhöhen.

Ursula Metzger

3. Präsidialdepartement, Dienststelle 350 Kantons- und Stadtentwicklung, Transferaufwand

19.5595.01

Erhöhung um Fr. 15'000

Begründung:

Durch den kurzfristigen Bescheid, die Zuwendung zu streichen (Fr. 30'000) kommt NachbarNet in Schwierigkeiten, deshalb ein einmaliger Überbrückungsbetrag für 2020.

Beatrice Messerli

Motionen

1. Motion betreffend Teilnahme der baselstädtischen Schulen an den PISA-Studien

19.5573.01

Am 3. Dezember 2019 publizierte die OECD die Ergebnisse der PISA-Erhebung von 2018. 15-jährige Jugendliche aus 79 verschiedenen Ländern nahmen an dieser Studie teil, bei der die Fähigkeiten in den Fachbereichen Lesen, Mathematik sowie Naturwissenschaften geprüft wurden. In der Schweiz beteiligten sich 6'000 Schülerinnen und Schüler aus 200 verschiedenen Schulen an diesen Prüfungen. Während die Schülerinnen und Schüler in Mathematik relativ gut abgeschnitten haben, gibt es beim Lesen und im Bereich Naturwissenschaften noch Luft nach oben.

Die PISA-Studie wird seit 2000 durchgeführt. Bedauerlicherweise machen die Schulen des Kantons Basel-Stadt seit einigen Jahren nicht mehr mit. Auch wenn kantonale Vergleiche mit diesen Daten leider nicht möglich sind, wäre eine Teilnahme des Kantons Basel-Stadt wichtig. Die PISA-Studie ist für die Schweiz aktuell die einzige Möglichkeit, um die Schülerleistungen in einem internationalen Vergleich zu analysieren. Als attraktiver Life-Sciences-Wirtschaftsstandort sollte der Kanton ein Interesse daran haben, dass die Volksschulen auch international konkurrenzfähig sind. Dies hat wiederum einen wichtigen Einfluss auf die Berufslehre, auf die weiterführenden Schulen, die Hochschulen und schliesslich auf die Gesamtwirtschaft. Die Daten der PISA-Studie fliessen zudem in das nationale Bildungsmonitoring ein. Das Bildungsmonitoring hat wiederum Einfluss auf den Bildungsbericht, der alle vier Jahre erscheint und eine Gesamtschau über das gesamte Bildungssystem in der Schweiz zeigt.

Schon bei den letzten Erhebungen, durch die Erziehungsdirektorenkonferenz EDK im Frühling 2019 vorgestellt, schnitten die baselstädtischen Schülerinnen und Schüler schlecht ab. Hier wurden die Grundkompetenzen in den Sprachen und der Mathematik getestet. Auch bei den Sprachkompetenzen lag Basel-Stadt auf den hintersten Rängen. Um ein möglichst umfassendes Gesamtbild zu erhalten und allfällige Schwächen rechtzeitig zu beheben, ist daher die Teilnahme - auch wenn die Resultate gegebenenfalls sehr schlecht ausfallen - richtig und wichtig.

Die Motionäre fordern deshalb, dass sich die Schulen des Kantons Basel-Stadt wieder bei den PISA-Studien teilnehmen und der Regierungsrat innert einem Jahr die hierfür notwendigen Massnahmen einleitet.

Pascal Messerli, Luca Urgese, Stephan Mutschler, Balz Herter

2. Motion betreffend Reduktion des Ausgabenwachstums im Finanzplan bis 2023

19.5580.01

Wie schon in den vergangenen zehn Jahren ist das aktuelle Wachstum der Ausgaben des Kantons Basel-Stadt hoch. Auf ein bereits sehr hohes Ausgabenniveau sieht das Budget 2020 weitere 66 Mio. höhere Ausgaben und der Finanzplan ein Plus von fast 300 Mio. in vier Jahren bis 2023 vor. Kompensationen sind keine vorgesehen. Der Stellenetat wächst nach einem Plus von 25% pro Kopf der Bevölkerung in den letzten zehn Jahren weiter (+249 im 2020). Angesichts der in den nächsten Jahren drohenden Einbrüchen der Einnahmen bei den juristischen Personen (OECD-Steuerregime) sowie der hohen Bruttoschulden ist dieses Ausgabenwachstum riskant.

Der Regierungsrat erwähnt zwar auf Seite 21 seines Budgetberichts die Tatsache, dass mit den OECD-weiten Bestrebungen, die Unternehmensbesteuerung zu ändern, dem Kanton Basel-Stadt massive finanzielle Risiken erwachsen. Er zieht aber in seiner Finanzplanung keine Konsequenzen daraus. Im Gegenteil: Der Regierungsrat sieht in seinem Finanzplan vor, dass das ZBE im 2021 auf 2.947 Milliarden, im Jahr 2022 auf 3.025 Milliarden und im Jahr 2023 auf 3.105 Milliarden anwächst - das ist ein weiteres Wachstum des ZBE um fast 300 Millionen in vier Jahren (Seite 27 Budgetbericht).

Das Wachstum der Ausgaben sollte aber angesichts der finanziellen Risiken gedrosselt werden. Zwingende Mehrausgaben sollen kompensiert werden. Die obligatorische Aufgabenüberprüfung und die Identifikation und Realisierung von Effizienzen müssen Entlastungen in der Verwaltung bringen. Das ZBE soll daher die kommenden vier Jahre bis 2023 im Umfang der Teuerung und des Bevölkerungswachstums anwachsen dürfen.

Der Regierungsrat wird entsprechend beauftragt, seine Finanzplanung so anzupassen, dass das ZBE für das Jahr 2023 auf maximal 3 Milliarden Franken anwächst.

David Wüest-Rudin, Esther Keller, Stephan Mumenthaler, Balz Herter, Joël Thüring, Patricia von Falkenstein

Anzüge

1. Anzug betreffend Nationaler Zukunftstag 2020: Ein Bubenparlament für Basel als Zeichen für die Geschlechtergleichstellung

19.5559.01

Am Nationalen Zukunftstag 2019 hat die Abteilung «Gleichstellung von Männern und Frauen» das erste Mädchenparlament im Kanton Basel-Stadt veranstaltet. Die Veranstaltung richtete sich an Mädchen der 1. Sekundarstufe. An diesem Tag erhielten Schülerinnen die Möglichkeit, in die Rolle einer Grossrätin zu schlüpfen, sich mit politischen Fragen auseinanderzusetzen, zu debattieren und darüber abzustimmen, welche Forderungen sie an den Grossen Rat übergeben wollen. Das Mädchenparlament wurde von verschiedenen Politikerinnen begleitet.

Ganz grundsätzlich ist nichts dagegen einzuwenden, wenn geschlechterspezifische Programme für Kinder und Jugendliche angeboten werden, so wie es bei diesem Projekt getan wurde. Die derzeitige Debatte auf verschiedenen Ebenen rund um das Thema «Frau», welche mit der Wahl ins eidgenössische Parlament im Oktober 2019 seinen Höhepunkt fand, ist dabei nicht falsch.

Hierbei geht jedoch gerne vergessen, dass derzeit besonders im Kindes- und Jugendalter das männliche Geschlecht in der Krise ist. So haben neueste Studien ergeben, dass Buben an den Schulen systematisch benachteiligt werden und sich die Lehrpersonen, neun von zehn Primarschullehrpersonen sind weiblich, ganz nach den Bedürfnissen der Mädchen richten. Entsprechend schlagen Kinder- und Jugendpsychologen Alarm. Der bekannte Psychologe Allan Gugenbühl hielt kürzlich fest, dass «die Schule Buben nicht mehr Buben sein lasse».

Selbst der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt ist sich dieser Problematik zwischenzeitlich bewusst. So wurde erst gerade an der Grossratssitzung vom November 2019 ein Vorstoss der SP überwiesen, welcher mehr männliche Betreuungs- und Lehrpersonen in Kitas, Tagesstrukturen, Kindergärten und Primarschulen fordert.

Bei der besagten Abteilung im Präsidialdepartement scheint diese Thematik und die Forderungen der Experten hingegen noch nicht angekommen zu sein. So ist selten bis nie etwas dazu zu hören, wie die derzeitige Ungleichbehandlung von Buben in den Entwicklungsjahren bekämpft werden soll. Der Fokus der Abteilung richtet sich hauptsächlich auf das weibliche Geschlecht. Ein Grund hierfür könnte sein, dass in der Abteilung – mit Ausnahme des Lernenden – kein einziger Mann arbeitet und entsprechend die Sensibilität für diese Thematik fehlt.

Um das tolle Projekt eines geschlechterspezifischen Parlaments für Jugendliche fortzuführen und von den Erfahrungen der diesjährigen Ausgabe anlässlich des Nationalen Zukunftstages zu profitieren, wird der Regierungsrat daher gebeten zu prüfen und zu berichten, ob beim nächsten Nationalen Zukunftstag im Jahr 2020 ein «Bubenparlament» veranstaltet werden kann. Künftige Ausgaben sollen danach möglichst geschlechterdurchmischt stattfinden.

Joël Thüring, Patricia von Falkenstein

2. Anzug betreffend kantonale Einbürgerungsgebühren

19.5564.01

Die Bürgergemeinde der Stadt Basel senkt die Gebühren für Einbürgerungswillige spürbar, sowohl für Schweizer Bewerbende als auch für Ausländerinnen und Ausländer. Zudem ist es der Bürgergemeinde ein Anliegen, dass Menschen in finanziell angespannten Verhältnissen unter bestimmten Voraussetzungen eine Reduktion oder einen Erlass der Einbürgerungsgebühren erhalten.

Die *Richtlinien des Bürgerrates betreffend Finanzierung der Einbürgerungsgebühren der Bürgergemeinde der Stadt Basel für Menschen in prekären Lebenssituationen* sind Grundlage für die Möglichkeit einer Finanzierungshilfe bei den kommunalen Einbürgerungsgebühren. Die Mittel für diesen Kompetenzbetrag stammen von der Christoph Merian Stiftung und sind an die Vergabeoption *gesellschaftliche Integration von Menschen in prekären Lebenslagen* gebunden.

Weiter müssen junge Menschen unter 19 Jahre auf Gemeindeebene nach wie vor nichts für die Einbürgerung bezahlen. Und ab Januar 2020 startet auf Bürgergemeindeebene eine zweijährige Aktion. Mit dieser Aktion motiviert die Bürgergemeinde junge Schweizerinnen und Schweizer im Alter zwischen 19 und 25 Jahren das Basler Bürgerrecht für CHF 100 (zuzüglich die kantonalen Gebühren natürlich) zu erwerben.

Und was macht der Kanton?

Wir bitten deshalb die Regierung zu prüfen und zu berichten,

- ob es ermöglicht werden könnte, dass unkompliziert und schnell die befristete Aktion „ybaslere“ der Bürgergemeinde für junge Schweizerinnen und Schweizer mit einer vorübergehenden Gebührensenkung auf kantonalen Ebene von z.B. CHF 300 auf CHF 150 gestützt werden könnte?
- ob der Kanton – analog der Bürgergemeinde – den Bürgerrechtsbewerbenden in prekären Lebenslagen mit einer Senkung der Gebühr entgegen kommen könnte?
- ob eine generelle Senkung der kantonalen Einbürgerungsgebühren möglich wäre?

Beatrice Isler, Oswald Inglin, Edibe Gölgeci, Thomas Müry, Beat K. Schaller, Andrea Elisabeth Knellwolf

3. Anzug betreffend Verkehrswege für Pendlerinnen und Pendler

19.5563.01

Jeden Tag fahren Tausende von pendelnden Arbeitenden aus dem Elsass und aus dem Markgräflerland per Auto zum Arbeitsort in Basel und tragen dabei zum hohen Verkehrsaufkommen bei. Bereits vor Jahrzehnten wurde zu diesem Problem ein ähnlicher Vorstoss eingereicht.

Ich bitte die Regierung um Prüfung und Bericht zu folgenden Anliegen:

1. Die Regierung soll mit den Elsässer-/Baden-Württemberger Behörden die Schaffung von Parkplätzen am Rhein zwischen Kembs und Huningue anregen.
2. Es sei die Personenschiffahrtsflotte in zwei Etappen zur Beförderung der Pendlerinnen und Pendler einzusetzen. Dabei sollen die Anlegestellen inklusive die der Chemischen Industrie genutzt werden. Dies soll für die Anreise und Rückreise gelten.
3. Es sollen moderate Tarife (ähnlich OeV, Tarifverbund) festgesetzt werden, um diesen Transport attraktiv zu machen.

Felix W. Eymann, René Häfliger, André Auderset, Patricia von Falkenstein, Michael Koechlin, Stephan Schiesser, Raoul I. Furlano, Thomas Strahm, François Bocherens, Jeremy Stephenson, Balz Herter, Olivier Battaglia

4. Anzug betreffend Herzstück: Platzierung der Bahnstation bei der Hauptpost

19.5570.01

Das geplante "Herzstück" hat u.a. zum Ziel, das Zentrum Basels mit dem öffentlichen Verkehr besser zu erschliessen und dieses von den drei grossen Bahnhöfen Basel SBB, Basel Badischer Bahnhof und Basel St. Johann aus leichter erreichbar zu machen. Entscheidend dabei ist die Platzierung der S-Bahnstation Grossbasel-Zentrum. Die in den nächsten Jahren funktionslos werdende Hauptpost bietet sich dafür hervorragend an: Sie liegt zentral, erfordert keinen unschönen Eingriff ins Stadtbild (keine Abstiegschächte auf dem Markt- und Barfüsserplatz oder bei der Schifflande) und verfügt über einen ansprechenden Zugang in den Untergrund unter Wahrung der historischen Fassade und des Innenraumes der heutigen Hauptpost.

Die Unterzeichnenden bitten das Bau- und Verkehrsdepartement zu prüfen und zu berichten, ob bzw. inwiefern die Hauptpost für die Platzierung einer Herzstück-Bahnstation geeignet ist.

Thomas Widmer-Huber, Andrea Elisabeth Knellwolf, Thomas Grossenbacher, Tim Cuénod, David Wüest-Rudin, Olivier Battaglia, Luca Urgese

5. Anzug betreffend bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Familien mit behinderten und chronisch kranken Kindern

19.5571.01

Einfachere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch verbesserte Kinderbetreuungsangebote, Massnahmen zur Verbesserung der Situation von Familien mit Kindern, damit ein "Ja" zum Kind erleichtert wird, sind in aller Munde. Doch was, wenn das Wunschkind nicht gesund auf die Welt kommt oder im Laufe seines Lebens schwer erkrankt? Dann stehen diese Familien vor der Frage der Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und der Versorgung ihrer behinderten Kinder. Die UNO-Behindertenrechtskonvention fordert Inklusion, also die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben. Die Inklusion ist ein Menschenrecht. Mit einem behinderten Kind Beruf und Familie zu vereinbaren, ist aber immer noch beinahe unmöglich.

Die Kantone tragen seit dem 1. Januar 2008 die gesamte fachliche, rechtliche und finanzielle Verantwortung für die Schulung von Kindern und Jugendlichen mit besonderem Bildungsbedarf (NFA II). Bis dahin war ein wesentlicher Teil der sonderpädagogischen Massnahmen durch die Invalidenversicherung (IV) mitfinanziert und damit auch mit geregelt worden. Seit Januar 2011 ist in Basel-Stadt die neue Sonderpädagogikverordnung in Kraft. Sie basiert auf dem Schulgesetz und stützt sich auf das Sonderpädagogik-Konkordat.

Damit Kinder mit einer Behinderung in unserer Volksschule integriert und adäquat gefördert werden können, wird ihnen häufig eine Assistenzperson zur Seite gestellt. Diese Personen unterstützen die Kinder in ihrem Schulalltag, während den Unterrichtsstunden und in den Pausen.

Für Kinder ohne Behinderung hat Basel-Stadt mit den Tagesstrukturen und den Tagesferien ein gutes Ferienbetreuungsangebot geschaffen. Berufstätige Eltern haben so, während ihrer Arbeitszeit und auch ausserhalb ihrer eigenen Ferien, ein Betreuungsangebot, das essentiell ist und entsprechend rege genutzt wird. Anspruchsvoller ist hingegen die Situation für berufstätige Eltern/Alleinerziehende mit behinderten Kindern, da diese, aufgrund ihrer Behinderung/Verhaltensauffälligkeit mehr Betreuung und Unterstützung brauchen.

Besuchen Kinder mit einer Behinderung Angebote der Tagesstrukturen oder der Tagesferien, wird es häufig schwierig. Sowohl die Tagesstrukturen, wie auch die Tagesferienangebote haben oftmals nicht genügend Personalressourcen, um auch Kinder mit einer Behinderung ihren Ansprüchen gerecht zu betreuen. Entsprechend müssten die Assistenzpersonen auch diese Betreuungszeiten abdecken, was aber arbeitsrechtlich kaum möglich ist.

Gerade chronisch kranke oder behinderte Schüler/innen der Förderschulen benötigen eine ständige Aufsicht bzw. Betreuung, d.h. sie können nicht wie gesunde Kinder bei Unterrichtsausfall, Krankheit der Betreuungspersonen oder in

den Ferien alleine zu Hause bleiben. Berufstätige Eltern müssen dann auch zu Hause bleiben. Dies kann die Berufstätigkeit für Eltern von behinderten oder chronisch kranken Kindern existenziell gefährden.

Erst die Gleichbehandlung von behinderten und nichtbehinderten Kindern an den Volksschulen ermöglicht auch Eltern von behinderten Kindern, weiterhin berufstätig sein zu können. Vor diesem Hintergrund bitten wir die Regierung zu prüfen und zu berichten, wie in Bezug auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, auch für Eltern von behinderten und chronisch kranken Kindern, die Betreuung an den Volksschulen, den Tagesstrukturen und den Ferienangeboten verbessert werden kann.

Mit welchen Massnahmen

1. kann im Regelunterricht die Unterstützung behinderter und chronisch kranker Kinder und Jugendlicher durch qualifizierte Assistenzpersonen verbessert und verbindlicher gemacht werden,
2. können in den Tagesstrukturen der Volksschulen Angebote inklusiver werden und somit auch Kindern und Jugendlichen offenstehen, die heute noch keinen Zugang zu den Tagesstrukturen haben,
3. können staatliche, resp. staatlich finanzierte Ferienangebote inklusiver angeboten werden und
4. kann das Angebot an Inklusionsassistent/innen mit allfälligen Weiterbildungen oder Kursen auch in den Tagesstrukturen und Ferienangeboten zur Verfügung gestellt werden?

Franziska Roth, Edibe Gölgeli, Georg Mattmüller, Lea Steinle, Beatrice Messerli, Oliver Bolliger, Beatrice Isler, Catherine Alioth, Kerstin Wenk, Jessica Brandenburger, Martina Bernasconi, Thomas Widmer-Huber, Thomas Grossenbacher, Erich Bucher, Jérôme Thiriet, Patricia von Falkenstein

6. Anzug betreffend keine Demobewilligungen in der Innenstadt an Grossanlässen

19.5572.01

Die Zahl der Demonstrationen in der Innenstadt hat in den vergangenen 1 ½ Jahren massiv zugenommen. Wie der Regierungsrat in der Beantwortung meiner Interpellation Nr. 114 betreffend "Kosten von bewilligten und unbewilligten Demonstrationen für die Allgemeinheit" (Nr. 19.5471.02) ausführt, fanden seit dem 1. Januar 2018 (bis zum 23. Oktober 2019) insgesamt 282 bewilligte und unbewilligte Demonstrationen statt. Thematisch ähnelten sich diese Demonstrationen häufig. Eine Vielzahl dieser Demonstrationen fand auf der zwischenzeitlich sehr bekannten und belasteten Innenstadtroute statt.

Das Demonstrationsrecht, ein hohes Gut unserer Demokratie, wird auch von den Anzugsstellenden nicht in Frage gestellt. Jedoch hat die Vielzahl an Demonstrationen Auswirkungen auf das Innenstadtleben, was zwischenzeitlich auch das Gewerbe moniert, welches (auch) dadurch Umsatzeinbussen erlitten hat.

Die durch Grosskundgebungen auch für die Behörden entstehende Zusatzbelastung (bspw. Überstunden der Polizistinnen und Polizisten etc.) hat dabei ein aus Sicht der Anzugsstellenden alarmierendes Ausmass angenommen. Zudem wird die Innenstadt bereits heute, unabhängig von den Demonstrationen, von vielerlei Ereignissen und Veranstaltungen in Beschlag genommen – was grundsätzlich erfreulich ist. Die Lebendigkeit der Innenstadt wird durch diese Grosskundgebungen jedoch massiv beeinträchtigt. So ist es nicht nachvollziehbar, weshalb die Behörden - namentlich der für die Kantonspolizei verantwortliche Departementsvorsteher - in der Innenstadt während Grossanlässen wie bspw. der Herbstmesse oder dem Weihnachtsmarkt derartige Grosskundgebungen bewilligt.

Bei diesen Grossveranstaltungen ist die Freiheit der grossen Mehrheit der Bevölkerung über die Freiheit der Demonstrierenden zu stellen und entsprechend auf Bewilligungen von Demonstrationen in der Innenstadt zu verzichten. An solchen Tagen können die Demonstrationen auch ausserhalb der Innenstadt, sofern sie bewilligt werden, durchgeführt werden. Es gibt kein zwingendes Recht auf die Durchführung einer Demonstration auf der Innenstadtroute. Hinzu kommt, dass bei Grossveranstaltungen insbesondere die Polizei bereits massiv absorbiert ist und es zu entsprechenden Engpässen resp. weiteren Überstunden kommt, wenn die Polizei auch zusätzlich noch Demonstrationen begleiten muss.

Die Anzugsstellenden bitten deshalb den Regierungsrat daher zu prüfen und zu berichten, ob die Bewilligungspraxis künftig wie folgt geändert werden kann:

1. Während der Dauer von Grossveranstaltungen wie der Herbstmesse, dem Weihnachtsmarkt, Fussballspielen etc. sind Demonstrationen in der Innenstadt in der Regel verboten.
2. Mit den Gesuchsstellern sind Routen ausserhalb der Innenstadt zu vereinbaren.
3. Unbewilligte Demonstrationen sind umgehend aufzulösen.

Joël Thüring, Balz Herter, André Auderset, Peter Bochsler, Stephan Schiesser, Beatrice Isler

7. Anzug betreffend Fonds zur Förderung von Unternehmen/Startups aktiv im Bereich sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit

19.5581.01

Der Kanton Basel-Stadt kennt bereits zahlreiche wertvolle «Finanztöpfe» bzw. Fonds zur Wirtschafts- und Innovationsförderung. Allerdings fehlt bisher im Kanton ein Fonds der explizit das UnternehmerInnen-tum im Bereich sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit fördert.

Insbesondere Klein- und Kleinstunternehmen in diesem Bereich haben es nicht leicht an finanzielle Starthilfe für gute Ideen zu kommen. Gute Ideen, die einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigeren Gesellschaft leisten, wie zum Beispiel Kleidertauschbörsen, Urban Gardening Angebote/ Dienstleistungen, Handel/Gastronomie mit Produkten aus Fairem Handel/biologischem Anbau/ohne Verpackung, Angebote/Dienstleistungen gegen Food Waste, usw. Und zu einer nachhaltigeren Gesellschaft haben sich der Grosse Rat wie auch der Regierungsrat bereits mehrfach bekannt (Basel wird Fair Trade Town, Milan Urban Food Policy Pakt bzw. Massnahmenpaket nachhaltige Ernährung, Unterstützung Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, etc.)

Wichtig dabei ist vor allem, dass der Fonds auf äusserst niederschwelligem Wege zugänglich ist, damit der administrative und organisatorische Aufwand für besagte Klein- und Kleinstunternehmen bzw. Startups möglichst gering bleibt.

Es sollen für den Anspruch an diesem Fonds transparente, veröffentlichte Kriterien erstellt werden, die den Grundsatz des Engagements des Unternehmens im Bereich der sozialen und/oder ökologischen Nachhaltigkeit näher beschreiben. Die Kriterien könnten sich z.B. an die Definition des sozialen Unternehmertums der EU anlehnen. 2011 hat die Europäische Kommission eine „Initiative für soziales Unternehmertum“ gestartet. Als „Sozialunternehmen“ definiert die Kommission „ein Unternehmen,

- für das eher die gesellschaftlichen Auswirkungen seiner Arbeit als die Erwirtschaftung von Gewinnen für Eigentümer und Anteilhaber zählen;
- das seine Überschüsse hauptsächlich zur Erlangung dieser gesellschaftlichen Ziele einsetzt;
- das von Sozialunternehmern in der Regel auf verantwortliche, transparente und innovative Weise, insbesondere durch Einbindung von Arbeitnehmern, Kunden und den von der Unternehmenstätigkeit betroffenen Interessengruppen geführt wird.“

Oder z.B. auch an den Kriterien für sozial-solidarische Unternehmen des seit 2014 in Frankreich geltenden „Loi Economie sociale et solidaire“¹

1. Das Unternehmensziel erschöpft sich nicht in der Gewinnorientierung;
2. Es gibt eine statuarisch festgelegte demokratische Unternehmensführung, in die neben den Kapitaleignern insbesondere auch die Beschäftigten sowie weitere Stakeholder eingebunden sind.
3. Die Gewinne werden a) mehrheitlich in das Unternehmen reinvestiert, um den Fortbestand und die Weiterentwicklung des Unternehmens zu sichern; b) die obligatorischen Reserven dürfen nicht ausgeschüttet werden.

Darüber hinaus gehend könnten die Kriterien von bereits bestehenden Labels (z.B. Bio-Knospe) oder Verbänden (z.B. Swiss Fair Trade) als Grundlage für die Ausarbeitung von Zugangskriterien dienen. Es wäre im Weiteren vorstellbar, dass eine Kommission eingesetzt würde zur Beurteilung der Erfüllung der Grundbedingungen und der Kriterien, wie z.B. die Kommission für Entwicklungszusammenarbeit des Kantons. Oder aber das bestehende Strukturen mit der Verteilung der Gelder beauftragt würden.

Zudem soll der Regierungsrat dem Grossen Rat regelmässig über die gewährten Beiträge berichten werden.

Der Regierungsrat wird gebeten zu prüfen und zu berichten,

- wie sich ein solcher Fonds für nachhaltiges unternehmerisches Engagement einrichten lassen würde.
- Inwiefern zur Öffnung eines solchen Fonds beispielsweise Gelder aus bestehenden Fonds umgelagert werden könnten.
- Inwiefern eine Kommission oder eine bestehende Struktur zur Ausarbeitung der Kriterien eingesetzt bzw. beauftragt werden könnte.
- Inwiefern eine Kommission oder eine bestehende Struktur zur Verteilung der Gelder eingesetzt bzw. beauftragt werden könnte.

¹ https://www.legifrance.gouv.fr/affichTexte.do;jsessionid=F3F6FC032F2EDD797976AF8D2CC33491.tpdjo15v_2?cidTexte=JORFT-EXT000029313296&categorieLien=id oder hier: <https://www.economie.gouv.fr/cedef/economie-sociale-et-solidaire>

Toya Krummenacher, Kerstin Wenk, Beda Baumgartner, Lea Steinle, Barbara Wegmann, Esther Keller, David Wüest-Rudin, Kaspar Sutter, Christian C. Moesch, Martina Bernasconi

8. Anzug betreffend Ermöglichung eines ordentlichen Betriebes von Kinderplanschbecken auf Spielplätzen und Parkanlagen von Basel

19.5582.01

Auf der Claramatte oder im Solitude Park, aber auch auf anderen grösseren Spielplätzen gibt es Kinderplanschbecken. Diese kleinen «Kinder-Bädli» erfreuen seit Jahren zahlreiche Kinder und ihre Eltern eben zum Beispiel auf der Claramatte, mit dem Wasser speienden Frosch mittendrin.

Der Stadtgärtner kam jeweils morgens irgendwann und schrubbte und befüllte das Bädli. Dies aber nur von Juni bis August, und nur von Montag bis Freitag. Nach der Putzaktion und dem Befüllen des Bädli wurde es meistens Mittag, und bis das Wasser dann angenehm warm war, wurde es fast Abend. Dann, wenn es am schönsten wurde (und die Kinder nach dem Mittagsschlaf oder dem Kindergarten auf der Claramatte auftauchten), um Punkt vier Uhr, kam der Stadtgärtner auf dem Heimweg wieder vorbei und zog den Stöpsel raus, damit das Wasser ablied.

Es ist nachvollziehbar, dass der Frust von Kindern und Eltern gross war. Kommt dazu, dass an den Wochenenden gar nichts ging. Zahlreiche Eltern versuchten sich selber zu behelfen, um die Kinder etwas länger planschen zu lassen. Wenn man reklamierte, hiess es, es könne ja eine Elterngruppe die Betreuung des Bädli übernehmen. Die Stadtgärtnerei versuchte später sogar einmal eine solche Elterngruppe zu formieren; doch es meldete sich verständlicherweise niemand.

Das Prinzip ist heute noch genau dasselbe geblieben. An den warmen Maitagen stehen die schönen Becken leer, denn befüllt wird erst ab dem meistens nassen Juni. Und - siehe unten - spätestens in der zweiten Woche September wird der Dienst eingestellt, egal, ob noch 36°C am Schatten gemessen werden. Weiterhin wird weder am Samstag noch am Sonntag gereinigt und befüllt. An den Abenden müsste grundsätzlich niemand mehr vorbeikommen, um das Wasser abzulassen, weil dies nun von einer zeitgesteuerten Automatik erledigt werden kann.

Claramatte als Beispiel

Auf der enorm stark genutzten Claramatte kämpfen Eltern seit nunmehr um die 20 Jahre in dieser Sache. Hier ist es schlicht nicht möglich, die Betreuung des Kinder-Bädli durch eine Elterngruppe zu organisieren. Es gibt diese konstante Elterngruppe nicht, und wenn es sie gäbe, wäre sie mit den Reinigungsarbeiten v.a. am Wochenende völlig überfordert. Nicht selten ist das Kinder-Bädli am Sonntagmorgen mit Glasscherben und anderem Unrat aus der Samstagnacht "bestückt".

Doch die Stadtgärtnerei bleibt hart, sowohl mit der Bemessung der zu kurzen "Saison" wie auch mit der Beschränkung auf die Wochentage. Vor einigen Jahren konnten die Robi-Spiel-Aktionen für die Claramatte eine gangbare Lösung finden: Derjenige Stadtgärtner, der das Bädli unter der Woche von Amtes wegen bereitstellte, kam auch am Samstag- und Sonntagmorgen vorbei und reinigte/befüllte das Becken. Bezahlt wurde er an den Wochenenden aber nicht durch die Stadtgärtnerei, sondern aus einer Kostenstelle der Robi-Spiel-Aktionen. Dies ist in der heutigen Situation von Robi-Spiel-Aktion nicht mehr möglich. Für 2019 wird der Verein Claramatte diese Kosten übernehmen müssen, bezahlt aus Mitgliederbeiträgen und Spendengeldern. Aber das kann es wirklich nicht sein.

Es handelt sich vielmehr um ein generelles Problem. Die Betreuung von intensiven genutzten, öffentlichen Parks und Anlagen, Spielplätzen, und damit auch die Kinder-Planschbecken, ist aus der Sicht der Anzugstellerin klar eine öffentliche Aufgabe im Interesse von vielen Familien mit Kindern. Deshalb müsste ein beauftragter Dienst auch die nötigen Mittel erhalten. Es kann nicht sein, dass Anwohnerinnen und Anwohner entweder betteln gehen müssen, um die Infrastruktur der Stadt zu finanzieren, oder dass sie gar gezwungen werden, einen öffentlichen Dienst selbst auszuführen.

Die AnzugstellerInnen bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten:

1. Ob die Stadtgärtnerei, oder eine andere kantonale Stelle (z.B. das Sportamt) diese ausserordentlich beliebten Kinder-Planschbecken weiterhin betreiben kann. Bei den heutigen veränderten klimatischen Bedingungen resp. den vermehrt ausserordentlich heissen Temperaturen bedeuten solche Angebote vielen kleinen Baslerinnen und Basler mit ihren Eltern sehr viel.
2. Ob es möglich wäre dies an die Öffnungszeiten der Gartenbäder anzupassen, also jeweils von Mai bis September. Selbstverständlich wäre es im jeweiligen Ermessen des zuständigen Dienstes, bei allzu kalter oder nasser Witterung auf die Befüllung zu verzichten.
3. Ob es noch mehr Parkanlagen gibt, bei denen es sinnvoll wäre ein Kinder-Planschbecken zu installieren.

Kerstin Wenk, Alexandra Dill, Michelle Lachenmeier, Pascal Pfister, Christian C. Moesch, Beatrice Isler, André Auderset

9. Anzug betreffend vereinfachter Verhandlungen von Leistungsaufträgen

19.5587.01

Institutionen welche für den Kanton Leistungen erbringen, müssen immer mehr Zeit ihrer Arbeit dafür verwenden, dem Kanton gegenüber, ihre Leistungen resp. Kosten sehr differenziert darzulegen.

Je nach Betrag den die Institutionen erhalten steht aber der Aufwand dieses Prozederes dafür in keinem Verhältnis mehr zu einem allfälligen Ertrag. Dies vor allem in kleinen Institutionen, die einen minimalen «Overhead» Anteil ausweisen.

Die Institutionen müssen gemäss Staatsbeitragsgesetz ihren Zweck wirtschaftlich und wirkungsvoll erreichen. Dies steht im Widerspruch zum Aufwand, den die Institutionen betreiben müssen um ihre Leistungen resp. Kosten detailliert auszuweisen. Gesteuert wird immer mehr nur noch über finanzielle Faktoren und gar nicht mehr über den eigentlichen Inhalt der Leistungserbringer.

In den Institutionen werden viele Aufgaben von den ehrenamtlichen Vorständen erbracht. Für diese bedeutet diese detaillierte Kostenrechnung, welche verlangt wird, oft eine Überforderung. Dies nicht so sehr im Wissen darum, sondern viel mehr im zeitlichen Aufwand.

Wenn dann diese Aufgaben von den Geschäftsstellen erbracht werden, wird Zeit und Geld nicht mehr für den Inhalt, also die eigentlichen Aufgaben der Institution, verwendet sondern halt dann für Büroarbeit. Dies entspricht aber nicht dem Zweck der Leistungserbringer.

Die Anzugstellerin bittet den Regierungsrat zu prüfen

1. Ob dies nicht durch eine zentral zuständige Stelle für finanzielle Prüfungen der subventionierten Institutionen begleitet werden könnte.
 2. Ob detaillierte Kostenrechnung nicht erst ab einer gewisser Beitragshöhe verlangt werden sollen oder erst wenn der Anteil des Staats mehr als CHF 300'000 des Gesamtbetrages ausmacht.
- Kerstin Wenk, Claudio Miozzari, Toya Krummenacher, Joël Thüning, Catherine Alioth, Beatrice Isler

Interpellationen

1. Interpellation Nr. 148 betreffend Reduktion des Silvester-Feuerwerks

19.5584.01

Gemäss Medienmitteilung vom 12.12. ac. wird das von privater Seite gesponserte, traditionelle Feuerwerk zum Jahresausklang um ein Drittel reduziert. Diese Massnahme wird mit der Absicht begründet, die Feinstaubbelastung reduzieren zu wollen.

Ich ersuche die Regierung deshalb um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viel Feinstaub und Kohlendioxid kann durch diese Massnahme eingespart werden und um welchen Anteil kann der jährliche Ausstoss im Kanton Basel-Stadt dadurch reduziert werden (in %)?
2. Wie stark ist die Feinstaubbelastung beim Abbrand eines grossen Feuerwerkes typischerweise zeitlich und räumlich begrenzt?
3. Wurde die Reduktion des Feuerwerkes den privaten Sponsoren erklärt oder behördlich verordnet und wie haben diese auf die Einschränkung reagiert?
4. Gibt es, ausser der gemäss Medienmitteilung angestrebten Reduktion des Feinstaubes, noch andere Gründe für die Reduktion des Feuerwerkes um 1/3?
5. Kann durch ein grosses öffentliches Feuerwerk grundsätzlich das alternative Abfeuern von vielen kleinen privaten Feuerwerken und der damit zusammenhängende Schadstoffausstoss sowie die Verletzungsgefahr eingedämmt werden?
6. Welche touristische Bedeutung misst die Regierung den beiden grossen jährlichen Feuerwerken an Silvester und Bundesfeier bei?
7. Ist für das offizielle Feuerwerk zum Bundesfeiertag vom 31.07.2020 eine ähnliche Kürzung vorgesehen?

Lorenz Amiet

2. Interpellation Nr. 149 betreffend Projekt Stadtterminal

20.5004.01

Das geplante und bewilligte Projekt Stadtterminal in der Erlenmatte verzögert sich seit nunmehr fünf Jahren. Wie berichtet wird ist das Jugendprojekt sogar ernsthaft gefährdet. Im Jahr 2015 hat der Grosse Rat für das wichtige Projekt 20,5 Mio Franken bewilligt. Im Ratschlag wurde ausführlich berichtet, dass die Kosten (für Investitionen und Betrieb) sehr genau und ausführlich untersucht wurden und auch Massnahmen für eine Kostenreduktion ergriffen wurden. Zudem wurden im Ratschlag die Folgekosten für Unterhalt und Betrieb beziffert und ebenfalls bewilligt.

Der aktuelle Stand der Dinge ist mehr als stossend und kann nicht akzeptiert werden. Es kann nicht sein, dass solche von der Verwaltung scheinbar detailliert und seriös vorbereitete, sowie in der Folge vom Parlament bewilligte Vorhaben derart verschleppt oder gar verunmöglicht werden. Deshalb ersuche ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Gemäss Dreirollenmodell muss offensichtlich eine Baukommission sowie eine Projektkommission an der Arbeit sein; wie sieht konkret die Organisationsstruktur des Projekts aus?
2. Wie ist die sog. «Begleitgruppe Betrieb» zusammengesetzt und was sind ihre Pflichten und Kompetenzen?
3. In den Medien irritieren die Aussagen von BVD und ED. Welche Rolle nimmt das Erziehungsdepartement ein resp. in welchen Gremien des Projekts ist das ED vertreten?
4. Hat das Präsidialdepartement auch eine Rolle resp. mit welchen Stellen ist das PD in der Projektstruktur vertreten?
5. Wie sieht konkret das Baubudget aus und was sind die Gründe der Nichteinhaltung des bewilligten Kredits?
6. Auf welchen Betrag belaufen sich die Mehrkosten?
7. Wie sieht der aktuelle Terminplan aus und was sind die Gründe für die Verzögerungen?
8. Wie ist der Betrieb des Stadtterminals geplant und wie hoch fallen die erwarteten Betriebskosten aus resp. können die bewilligten Folgekosten für den Betrieb eingehalten werden?
9. Was ist Gegenstand der Einsprache gegen das Projekt und wann wird über diese Einsprache entschieden?

10. Was wenn die Realisierung nicht umgesetzt wird, was wird für die Jugendlichen als alternativer Standort vorgesehen?
11. Im Ratschlag gab der Verzicht und Ersatz durch Baumpflanzungen eine Kostenersparnis von 1,7 Mio. Franken. Könnte man auf Grund der heissen Sommermonate nicht nochmals überprüfen ob diese Einsparung sinnvoll war und diese evt. rückgängig machen?

Kerstin Wenk

3. Interpellation Nr. 150 betreffend Qualitätssicherung in Basler Kitas

20.5005.01

Das Online-Magazin Republik hat vor Weihnachten 2019 in mehreren Artikeln über Missstände in Schweizer Kitas berichtet. Laut Aussagen von ehemaligen Mitarbeitenden würden in Betrieben der Firma Globegarden Angestellte und betreute Kinder unter schlechten Bedingungen und Sparvorgaben leiden. So werde gegen die vorgegebenen Betreuungsschlüssel verstossen. Betroffen sollen auch Kitas im Kanton Basel-Stadt sein, wo Globegarden aktuell sechs vom Kanton mitfinanzierte Tagesheime betreibt. Die Republik berichtet, dass in einer Basler Kita nach Übernahme durch Globegarden massiv beim Essen für die Kinder gespart worden sei, wonach diese nicht mehr satt geworden seien.

Auch die Analyse der frühen Förderung im Kanton Basel-Stadt durch die Hochschule Luzern im Auftrag des Erziehungsdepartements vom Sommer 2019 enthält Aussagen, wonach «nur wenige» Kitas und Spielgruppen in Basel-Stadt in der Lage seien die «Standards der strukturellen Qualität» kontinuierlich oder nur schon mehrheitlich einzuhalten.

Diese Befunde sind umso beunruhigender, wenn man bedenkt, dass mit der anstehenden Einführung des neuen Tagesbetreuungsgesetzes der Kreis der Kitas, welche voll vom Kanton unterstützt werden, ausgeweitet wird und neu auch gewinnorientierte Unternehmen berücksichtigt werden. Angesichts dieser Ausgangslage bitte ich den Regierungsrat, folgende Fragen zu beantworten

1. Was für ein Betreuungsschlüssel, Ausbildungsstandards und was für räumliche Vorgaben sind aktuell für die Kitas in Basel-Stadt vorgeschrieben?
2. Gibt es Vorgaben für einen Mindestbeitrag, welcher für das Essen pro Kind und Tag ausgegeben wird, aktuell und nach in Kraft treten des neuen Tagesbetreuungsgesetz?
3. Wo können sich Angestellte von Kitas und Eltern melden, wenn sie qualitative Probleme in Kitas feststellen?
4. Wie sichert der Kanton aktuell die Qualität in den subventionierten und mitfinanzierten Kitas? Insbesondere: Wie oft wird die Einhaltung des Betreuungsschlüssels in den subventionierten Kitas kontrolliert? Wie oft werden teilsubventionierte Kitas kontrolliert? Erfolgen auch unangemeldete Besuche?
5. Wurden die Betriebe der Firma Globegarden in den letzten zwei Jahren einer genauen Kontrolle unterzogen?
6. Wie oft hat der Kanton in den vergangenen vier Jahren Probleme mit den qualitativen Vorgaben festgestellt? Wie oft waren subventionierte, wie oft mitfinanzierte und wie oft ganz privat finanzierte Betriebe betroffen?
7. Ist es für Eltern möglich, Kenntnis über das Nichteinhalten qualitativer Vorgaben zu erhalten? Wie ist es sonst möglich, mehr über die Qualität einer bestimmten Kita zu erfahren?
8. Wie wird garantiert, dass unter dem neuen Tagesbetreuungsgesetz bisher nur mitfinanzierte Betriebe die höheren qualitativen und strukturellen Vorgaben erfüllen können? Wird es eine spezielle Begleitung dieser Betriebe geben?
9. Was unternimmt der Regierungsrat für Anstrengungen, um Verstösse gegen die Vorgaben des Kantons frühzeitig feststellen und korrigieren zu können?
10. Wie gross sind die Ressourcen für Qualitätssicherung und Kontrolle der Kitas durch den Kanton mit dem neuen Tagesbetreuungsgesetz? Werden diese zu Beginn verstärkt in bisher nur mitfinanzierten Betrieben?

Lea Steinle

4. Interpellation Nr. 151 betreffend Steigerung des Bekanntheitsgrades grenzüberschreitender Fördertöpfe in der Nordwestschweiz

20.5006.01

Im Willen, grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Projekte fördern, wurden im Perimeter der Oberrheinkonferenz wie des Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB) verschiedenste grenzüberschreitende Fördertöpfe eingerichtet. Am bedeutendsten ist in diesem Zusammenhang sicher Interreg Oberrhein, das von der Europäischen Union wie auch von der Eidgenossenschaft mitfinanziert wird. Im Rahmen des Agglomerationsprogramm des Bundes werden auch grenzüberschreitende Verkehrsprojekte mitfinanziert. Daneben wurden aber auch verschiedene Fonds eingerichtet, deren Zweck gerade darin besteht, kleinere Projekte und grenzüberschreitende Begegnungen zu unterstützen.

Dazu gehören:

- Der Interreg-Kleinprojektfonds: (siehe <https://www.interreg-oberrhein.eu/sie-haben-eine-projektidee/>)
- Der Sportfonds Oberrhein (siehe <https://www.oberrheinkonferenz.org/de/sport/sportfonds.html>)

- Der Begegnungsfonds des Trinationalen Eurodistrict Basel (TEB): (siehe <https://www.eurodistrictbasel.eu/de/was-wir-tun/unsereforderinstrumente/begegnungsfonds.html>)
- Der Fonds für Klassenbegegnungen (siehe <https://www.eurodistrictbasel.eu/de/was-wir-tun/unsereforderinstrumente/klassenbegegnungen.html>)

Nun wurde - was durchaus erfreulich ist - auf 1. Januar hin zusätzlich von der Oberrheinkonferenz ein Kulturfonds eingerichtet. Es handelt sich allerdings vorläufig erst um ein Pilotprojekt für das laufende Jahr.

Grundsätzlich ist es sehr begrüssenswert, dass solche Fördertöpfe bestehen – der Schreibende hält sie für ausbaufähig. Dadurch wird nicht nur das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern - seien es nun Lehrerinnen und Lehrer, Verantwortliche von Sportvereinen und Kulturgruppen oder andere – für grenzüberschreitende Zusammenarbeit honoriert, sondern oftmals erst ermöglicht, dass grenzüberschreitende Schülerbegegnungen, Sportanlässe und Kulturbegagnungen erst stattfinden können.

Seitens deutscher und französischer Partner in den parlamentarischen Begleitgremien Oberrheinrat und Districtrat ist immer wieder zu vernehmen, es gäbe bei den drei erstgenannten Fonds eher zu wenig als zu viel Anträge aus der Nordwestschweiz (der Sportfonds wurde erst im Sommer 2019 eingerichtet). Der Schreibende hat den Eindruck, dass der Bekanntheitsgrad dieser Finanzierungstöpfe in der Nordwestschweiz ziemlich gering ist – am ehesten verfügt der Begegnungsfonds im (Jugend-) Musikbereich noch über einen gewissen Bekanntheitsgrad.

In diesem Zusammenhang hat der Schreibende folgende Fragen an den Regierungsrat:

1. Wie viel Unterstützungsanträge für diese Fonds wurden seit Anfang 2014 (also dem Beginn der laufenden Interreg V-Finanzierungsperiode) gestellt und wie viele der Anträge stammten dabei aus der Nordwestschweiz und wie viele aus dem Kanton Basel-Stadt?
2. Wie hoch sind die genannten Fonds dotiert und inwiefern ist ihre Finanzierung nachhaltig sichergestellt?
3. Gibt es gegenüber den Sportvereinen der Region irgendeine aktive Kommunikation darüber, dass es einen Begegnungsfonds und einen Sportfonds für grenzüberschreitende Projekte gibt und sie antragsberechtigt wären?
4. Gab es für den Sportfonds der ORK überhaupt schon Anträge aus der Nordwestschweiz?
5. Teilt der Regierungsrat die Einschätzung, dass Begegnungen mit französischsprachigen Schulklassen aus nächster Umgebung für Basler Schülerinnen und Schüler enorm motivierend sein könnten, um Französisch zu lernen?
6. Wird der Fonds für Klassenbegegnungen z.B. bei den Französisch-Lehrkräften im Kanton in irgendeiner Form aktiv beworben?
7. Inwiefern besteht in Hinblick auf die genannten Fördertöpfe in der Nordwestschweiz eine gemeinsame Strategie und Kommunikation mit den anderen beteiligten Gebietskörperschaften der Nordwestschweiz?

Tim Cuénod

Schriftliche Anfragen

1. Schriftliche Anfrage betreffend notwendige Investitionen in das Sevogelschulhaus

19.5590.01

Schulleitung, Schulrat, Elternschaft und die betroffene Lehrerschaft sind im Sevogelschulhaus bezüglich der räumlichen Situation unglücklich. Dies obwohl gemäss Ratschlag vom 13.11.2019 (Rahmenausgabebewilligungen für die baulichen Massnahmen zur Umsetzung der Schulharmonisierung etc. Schlussbericht der Schulraumoffensive) auch im Sevogelschulhaus leicht investiert wurde. Es bestehen Mängel, trotz gewisser Investitionen, in dreierlei Hinsicht: Allgemein zu wenig Platz; die Unterbringung der Tagesstruktur im Schulhaus ist aus den Platzgründen unmöglich; das Dach ist nicht isoliert und es tritt Meteorwasser ein.

Das Sevogelschulhaus ist für seine total 12 Klassen zu klein. So verfügt das Sevogelschulhaus über nur einen Gruppenraum und keinerlei BG- und NMG-Spezialräume.

Die notwendige Sanierung des maroden Daches ergäbe die Möglichkeit einer Aufstockung und eines Platzgewinnes im Dachgeschoss. Im Dachgeschoss sind momentan Musikzimmer, Bibliothek sowie nicht nutzbare Fläche untergebracht. Diese werden im Sommer zu heiss (offenbar bis zu 40 C°) und sind im Winter durch die nicht bestehende Isolierung gleichfalls eingeschränkt. Viele schulische Aktivitäten müssen aufgrund dieser Raumsituation im unzumutbaren Dachgeschoss und aufgrund der allgemeinen Platznot gar in den Gängen des Schulhauses stattfinden

Es scheint mir sinnvoll, aufgrund vorliegender Situation, welche mir diverse Personen bestätigt haben, dass die Dachsanierung zum Anlass genommen wird, um mehrere vorliegende Probleme zu lösen. Selbstverständlich ist eine Dachaufstockung relativ teuer und allenfalls sind die Kennzahlen (Fr. pro neugewonnen Quadratmeter) hier nicht ideal. Im Sevogelschulhaus liegt jedoch eine akute Situation vor und es muss allenfalls von dieser Kostendeckelung abgewichen werden. Jedenfalls besteht die Chance, mit der Dachsanierung die Platzverhältnisse vor Ort zu

beheben. Es ist zudem davon auszugeben, dass in den nächsten Jahren bei der Schulraumplanung im Gellert eher ein noch grösserer Platzbedarf vorliegen wird.

Ich frage daher die Regierung an, wie sie die prekäre Raumsituation im Sevogelschulhaus beseitigen will und ob die geplante Dachstocksanierung hier nicht eine Lösung für die vorgenannten Probleme sein könnte (z. B. Dachstockausbau).

René Brigger

2. Schriftliche Anfrage betreffend des elektronischen Kantonsblatts

20.5014.01

Das Kantonsblatt in der klassischen Art (Papierform) wurde vor einem Jahr abgeschafft und durch die elektronische Form ersetzt.

Auf Grund der Reaktionen, die ich aus meinem Umfeld seit der Umstellung bekommen habe, zeigen sich doch einige Punkte, die einer Überprüfung bedürfen.

Fakt ist, dass viele Leute ohne Internet keinen Gratiszugang zum Kantonsblatt mehr haben, ausser sie lösen das nicht günstige Abo. Auch für Personen, die nicht mit dem Internet versiert sind, ist die Suche nach Publikationen und Daten erschwert worden.

In der PDF-Version des Kantonsblatts fehlen zahlreiche Publikationen oder früher publizierte Daten wurden gekürzt.

Zu erwähnen sei hier, dass die Todesfälle nicht mehr im Kantonsblatt publiziert werden. Sie sind umständlich unter der Stadtgärtnerei, Bestattungen, Bestattungsanzeigen (Online) zu finden. Die Geburten werden nicht mehr publiziert. Die Handelsregistereinträge wurden weggelassen. Wohl kann man sich mit einem Suchfilter auf den Bildschirm holen, doch dies ist aufwändig und nicht benutzerfreundliche.

Bei den Grundbucheinträgen fehlen bei den Handänderungen die Quoten und Anteile beim Stockwerkeigentum/Miteigentum. Ebenso fehlen die Flächenangaben. Leider wird seit einigen Jahren das Handänderungsdatum nicht mehr mitveröffentlicht. Auf map.geo.bs.ch kann man die näheren Eigentümerangaben ersehen. Doch es war wohl nicht die Idee des elektronischen Kantonsblatts, das Einsehen der Daten zu erschweren, wie es derzeit der Fall ist.

Die Suche nach älteren Ausgaben des Kantonsblatts gestaltet sich schwierig. Aktuell kann man nur die Ausgaben, leider auch nur nach Datum und nicht nach Kantonsblatt-Nr., ab dem 1.1.2019 finden. Davor liegende Ausgaben müssen über www.kantonsblatt-archiv.ch gesucht werden. Auf der aktuellen Kantonsblatt-Webseite fehlt ein Link.

Ich frage deshalb den Regierungsrat an:

- ob beim Grundbuch Handänderungen die Quoten beim Stockwerkeigentum, die Anteile beim Miteigentum und die Parzellenfläche wieder aufgeführt werden kann. Das Gesetz lässt die Publikation des Handänderungsdatums zu. Dies ist von öffentlichem Interesse und seit Jahren wieder gewünscht;
- ob die Todesfälle und Geburten auf der neuen Kantonsblattseite verlinkt werden können;
- ob in der Suchfunktion für ältere Ausgaben auch nach Nummern gesucht werden kann. Dies vereinfacht die Findung;
- ob ein Link zur Kantonsblattseite www.kantonsblatt-archiv.ch eingerichtet werden kann um die Suche zu vereinfachen;
- ob in der PDF-Version der jeweils aktuellen Ausgabe, wie früher, die erweiterten Handänderungsangaben, Todesfälle, Geburten und Handelsregistrauszüge aufgeführt werden können.

Jörg Vitelli